Groß-Berlin: Freitag, 12. September, in allen Unterbezirken Mitgliederversammlungen

so gern geleitbammelten Schäfchen gegen die „Reaktion" zu kämpfen, wenn sie möglichst geschlossen gegen eine kleine revolutionäre Gruppe vorgehen, manchmal sogar nur gegen einen Mann.

Diese Geschlossenheit wäre einer besseren Sache würdig. Für den deutschen Arbeiter, der einzig ist in seiner Art, genau wie der russische Leninist, gilt noch immer das prophetische Wort: „Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit".

Sozialdemokrat Mehlich — der „bewährte" Schlichter

Mehlich ist neben den vielen anderen „Bewährten" der SPD., ohne Zweifel jetzt einer der größten. Im Interesse des Kapitals sorgt er für den Lastenausgleich, d. h. für die Steigerung des Profits. Wie seine Schiedssprüche aussehen müssen, beweisen schon die kleinsten Meldungen. Wir bringen nur die letzten beiden Meldungen aus dem „Vorwärts" vom 10. September, morgens. Die erste lautet:

„Die vier Bergarbeiterverbände haben den Schiedsspruch über die Lohnregelung bei den südlichen Randzechen abgelehnt. Der Zechenverband hat bekanntlich den Schiedsspruch angenommen. Die Gruppe Heizer, Maschinisten und Uebertagearbeiter der christlichen Metallarbeiter hat ebenfalls den Schiedsspruch des Staatskommissars für die südlichen Randzechen abgelehnt."

Die zweite Meldung lautet:

„Die ausgesperrten Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen haben den am 14. August von dem Schlichter Mehlich gefällten Schiedsspruch über die Lohnregelung abgelehnt. Die Unternehmer hatten den Schiedsspruch angenommen. Die Aussperrung wird fortgesetzt und verschärft werden, sie ausdehnen. Ihren Zweck hat sie verfehlt, denn der Beschluß der Bauarbeiter zeigt, daß ihnen die Maßnahme der Unternehmer nicht imponiert."

Soweit der „Vorwärts" in seinen beiden Meldungen. Bei der ersten Meldung verschweigt er, daß der Kommissar Mehlich heißt und Sozialdemokrat ist, und der von ihm gefällte Schiedsspruch einen Lohnabbau vorsieht, den sogar die christlichen Proleten ablehnen, trotz aller Frömmigkeit. Bei der zweiten Meldung verschweigt er auch die Zugehörigkeit des Mehlich zur SPD. Er hat es jetzt auch wahrlich nicht leicht. Der Fall Leinert ist schon peinlich genug. Ob denn die Proleten der SPD., nicht auch mal zu sich kommen werden?

Die Internationale der Bankiers und ihre Zuhälter

Nach den Ausführungen der deutschen demokratischen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse sieht es so aus, als ob mit der Annahme des Londoner Pakts mit allen Davesgesetzen durch das deutsche Parlament mit der erforderlichen Mehrheit nun der deutschen Wirtschaft und der deutschen Bourgeoisie großes Heil widerfahren wird und die wirtschaftlichen Fesseln der amerikanischen Anleihe den völlig zerrütteten deutschen Wirtschaftsapparat neu „ankurbeln" könnte. Man spricht nur wenig und schamhaft von der kommenden vollständigen Kolonisierung Deutschlands und der Pfandkontrolle der amerikanischen Bankiers Morgan u. Co. Bezeichnenderweise hat Herr Owen Young vom Bankhaus Morgan, New York, entschieden an der Londoner Julikonferenz teilgenommen. Er ist es auch, der jetzt zum offiziellen Agenten für die deutschen Reparationszahlungen gewählt worden ist, dem in erster Linie die Leitung der Durchführung des Dawesplanes obliegt und der zugleich Präsident der sogen. Transferkommission (Kommission für die Industriebelastung) — ist. Da Herr Owen Young zur für begrenzte Zeit diesen Posten innehalten will, hat man bereits einen anderen amerikanischen Bankier zu seinem Nachfolger bestimmt. Im Gegensatz zur früheren Reparationskommission, in der die Staatsdiplomatie noch eine ausschlaggebende Rolle spielte, stellt der Dawesplan das weitgehendste Beispiel einer Art Privatdiplomatie der internationalen Bankiers und Finanzkönige dar, die sich unter dem immer schärfer international verflochtenen System des modernen Großkapitalismus herangebildet hat. Die Staatsdiplomatie, die Regierungsstellen sind untergeordnete Organe oder bloß Beobachtungspposten (wie z. B. in der amerikanischen Union) dieser internationalen Könige vom „gelben Metall" geworden, der sinnfälligste Ausdruck der kapitalistischen Weltherrschaft durch die Bankiers. Das Sachverständigengutachten ist die Urkunde des Regierungsantritts des Weltkapitals. Wenn die Kapitalisten diese Urkunde noch durch die Parlamente in Berlin, Paris und London sanktionieren lieben, so bedeutete dies nicht etwa, daß sie sich diesen Parlamenten noch abhängig oder gar unterlegen fühlen, aber umgekehrt: die Annahme dieses Verskklavungsplanes durch die Parlamente sollte nur das Symbol dafür sein, daß die Parlamente den Willen der internationalen Bankiers als deren Zuhälter ausführen müssen, alles das ist nur ein Ausfluß des Machtzusches der die Weltregierung übernehmenden Bankkönige.

Ein sehr zutreffendes Urteil hierüber war u. a. in der englischen Presse, dem bürgerlichen „Evening Standard" enthalten, das lautete: „Die Dawekommission bestand, Gott sei Dank (!), aus Finanzsachverständigen. Mit einer Geschicklichkeit, die gar nicht genug bewundert werden kann, haben sie sich jeder Zirkus aus der der deutschen Kuh benommen". Die finanzielle Aufsicht, der die Türkei durch die ottomanische Schuldenkommission unterstellt wurde, ist nichts im Vergleich mit dem Zwang, den Deutschland jetzt unterworfen wird. Noch niemals ist eine Maschinerie von so raffiniert ausgeklügelter und so schrecklicher Kraft angewendet worden um ein ganzes Volk auszupumpen!" — — In der Tat: Die Kontrolle der deutschen Steuern nach den Londoner Beschlüssen übersteigt alles, was einst die europäischen Gläubiger der Türkei und China je an Finanzkontrolle und Preisgabe ihrer Finanzhoheit zugestehen haben. Die deutschen Staatsorgane werden durch die Handlungsgehilfen der New Yorker Bankiers erretzt, und weder Luther noch Stresemann haben gegen diesen der Regierung auf die Nase gesetzten Steuerrecheer mit seinen Machtvollkommenheiten samt seinen Unterbeamten protestiert. Das Prinzip der sogenannten Nichteinmischung in die deutsche Politik ist ebenfalls durch verwirklicht, daß der internationale Steuerkommissar die Steuerpolitik ganz in die eigenen Hände nimmt und der deutschen Regierung nur die „gerechte" Verteilung der Steuerlasten verbleibt. Dadurch sind die Proletarier Deutschlands direkt den Organen Morgans für die Steuerbetreibung ausgeliefert. — Der Dawesplan ist für das amerikanische Kapital ein Ersatz für den Völkerbund, dem die amerikanische Union bisher nicht beigetreten ist und auf Grund der Monroe-Doktrin („Amerika den Amerikanern") auch nicht beitreten wird. Die durch diesen Sachverständigenplan herbeigeführte Art von „foreign entanglements" (ausländische Verwicklungen) viel weitgehender und schwerwiegender, als selbst amerikanische Befürworter des Beitritts zum Völkerbund sich je hatten träumen lassen. Die amerikanische Finanz hat ihre Sicherheitsforderungen für die Gewährung einer Anleihe Frankreich gegenüber durchgesetzt und eine Vertretung der Anleihezeichner zur Wahrung ihrer Interessen bei Vornahme weiterer Sanktionen erlangt.

Andrerseits lagen die Verhältnisse für die amerikanischen Bankiers, die einen ungeheuren Goldzustrom und Akkumulierung untätigen Kapitals erhalten hatten, etwas merkwürdig. Wenn man in Europa — wofür Anzeichen vorhanden waren — den Goldstandard aufgehoben hätte, wären die Folgen für die Vereinigten Staaten katastrophal gewesen. In Amerika war kein Markt da für die Waren, die man mit dem Gold hätte produzieren können. Nach dem Dawesplan soll nun dieses Gold den deutschen Industrieapparat in Gang setzen und es gleichzeitig einen neuen Markt für amerikanische landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe schaffen. Was aber soll mit den Erzeugnissen der neu in Betrieb gebrachten deutschen Industrie geschehen? Hier klafft bereits der Widerspruch in der Daweschen Rechnung. Soll etwa Amerika Abnehmer für Waren sein, um Deutschland in den Stand zu setzen für seine Einfuhr bei festbleibender Währung zu zahlen, wenn noch die Reparationen und Zinszahlungen für die neue Anleihe kommen würden? Wenn auch die amerikanischen Bankiers dazu gewillt sind, die amerikanischen Industriellen sind es nicht und werden sich durch Hochschutzzölle die Flut europäischer Waren fernzuhalten suchen, die die amerikanische Anleihe nach sich ziehen wird. Es kann höchstens vorkommen, daß das Produktionszentrum für gewisse Arten von Erzeugnissen nach Deutschland hinüberwandern wird, wo die Löhne niedriger und die Arbeitszeiten länger sind! Das bedeutet Einschränkung der Produktion in Amerika und gesteigertes Elend für die amerikanischen Proletarier. Auch die Internationale der Bankiers vermag also in Wirklichkeit keine Lösung der Weltwirtschaftskrise zu bringen.

Die zweite Internationale in London und der internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam haben der Arbeiterklasse als Dogmatiker der Reform und Vertreter eines hochkapitalistischen Marxismus die Annahme des Dawesplanes als die zurzeit für den Wiederaufbau des Kapitals einzig mögliche Lösung (in der Auflösungskrise des Kapitals) empfohlen und damit diesem internationalen Kapitalsyklaven die vortrefflichsten Zuhälterdienste geleistet. Edo Fimmen wurde von der Sekretär der IGB. Oudegeest in Amsterdam wegen seines Verhaltens auf dem internationalen Transportarbeiterkongreß, wo er gegen das Davesgesetzchen Stellung nahm, scharf gerüffelt. Möge das Weltproletariat rechtzeitig erkennen, daß bei der internationalen Verflechtung und Konzentration des Kapitals alle gewerkschaftlichen Kampfpraktiken unzulänglich sind. Nur der Kampf um die politische Macht mit den revolutionären Räten, zusammengeschlossen als Klasse in den Betrieben, gewappnet mit der revolutionären Klassenideologie kann das Weltproletariat aus den Kissen der Diktatur des internationalen Kapitals befreien.

Ausland

KAMERUN

Kapitalistische Ausprossung der Kolonialvölker

Die Kolonialvölker sind für den Kapitalismus stets ein lukratives Ausbeutungsobjekt gewesen. Wenn die „Wilden" sich auch nicht so wehrlos und gewerkschaftsdiszipliniert das Fell über die Ohren ziehen ließen, wie die zahmen „eigenen" Arbeiter, so machten Religion, List und brutale Gewalt das Geschäft doch lohnend. Die „Kolonialsions"-methoden des Kapitalismus waren zu allen Zeiten dieselben. Als „Pionier" schickten die Händler und Fabrikanten unter staatlicher Assistenz Pfaffen ins Land, die den kinderlich-naiven, in paradiesischer Schönheit und Einfachheit lebenden Naturmenschen mit Kurzäxte und Krummstab allerlei Hokuspokus vormachten und ihnen wundersche Litaneien vorsangen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst; Liebe deine Feinde; Tue Recht und scheue Niemand". Nur gute Menschen können eine so prachtvolle Religion haben sagten sich die Eingeborenen und liefen ins Garn. Hinter dem Pfaffen stand der Händler mit bunten glitzernden Tand, den die „Wilden" für bare Seide und Gold nahmen. Menschen mit solcher guten Religion haben auch gute Ware, dachten sie. Merkten die nach Wochen schon den Betrug und muckten auf, stand der Militärmann da und setzte ihnen Schlag- und Stocheisen gegen oder in den Bauch. Wo diese Methoden nicht zogen, wurden die Häuptlinge mit Fusel betäubt und ihnen im Rausch für einige Fäßchen Schnaps ganze Königreiche „abgekauft". Revolverkanonen und Schnellladegewehre sorgten für die Inneahtung des nach „Völkerrecht" abgeschlossenen Vertrages, der die regelrechte Sklaverei ganzer Nationen besiegelt schlug. Der „deutsche" Kapitalismus, der mehr für „Recht" und Ehre bei seinen Verträge war, „kolonisierte" mehr nach dieser letzten Methode.

Ueber Kamerun, der früheren „deutschen" Kolonie, die durch den „Friedensvertrag" zum größeren Teile dem französischen Kapital zugeschlagen wurde, lag der Mandatskommission des „Völkerbundes" ein Bericht vor. Dieser fand deren volle Billigung. Auch für das deutsche Proletariat ist dieser Bericht von Interesse, weshalb wir ihn uns etwas näher ansehen wollen. Das interessiert hier vor allem Diagramm die katastrophal zerstörte Kaufkraft der Bevölkerung. Der 219 Doppelseiten umfassende Bericht bringt wohl die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr, hat aber scheinbar keinen Raum mehr gehabt, auch die Zahl der Vorkriegszeit zu bringen. Wir stellen deshalb diese voran. Die 3 Millionen starke Bevölkerung, unter der sich weniger als 1000 Europäer befinden, verbrauchte: in Kilogramm:

	1913	1923
Reis	6 075 757	870 758
Salz	7 279 144	3 587 636
Tücher	1 557 589	451 638
Fleischkonserven	395 069 (für 1912)	34 121
Stockfisch	2 344 027	478 816
	17 679 586	5 422 963

Die seit 1913 gewachsene Bevölkerung hat aber nicht viel mehr als den vierten Teil verbraucht als in der Vorkriegszeit! Das Sterben ist eine Kenntnisnahme infolge Unterernährung in einem Lande, wo die Natur mit ihrem tropischen Klima ihr Füllhorn wahrhaft verschwenderisch ausschüttet. Seuchen und Hungersterben in einem Lande, wo alles „von selbst" wächst! In den kapitalistischen Mutterländern steigt trotz Abbau der Krankenhäuser und Heilanstalten doch noch der Verbrauch an Medikamenten. In Kamerun ist auch diese in erschreckender Weise zurückgegangen. Im Jahre 1911 schon wurden 156 000 Kilogramm Medikamente eingeführt. Im Jahre 1923 waren es nur noch 21 543 Kilogramm. Er sank 1923 auf 15 524. Dafür wird den Eingeborenen aber noch eine Steuer, die „taxe d'assistance medicale" abgezwungen.

Der zusammengeschrumpfte Einfuhr an Bedarfsartikeln für die Eingeborenenbevölkerung steht eine stark in die Höhe gesprungene Ausfuhr von Arbeitsprodukten der afrikanischen Arbeitssklaven gegenüber. Dieser Raub der Arbeitskraft und Diebstahl an den Arbeitsprodukten der „Wilden" ist es, den diesem famosen „Völkerbund" so entzückt, daß der Kamerun-Bericht seine volle Billigung findet. Die Militärbesatzung betrug in der Vorkriegszeit: 121 Europäer, 1628 Farbige, Heute: 152 Europäer, 2 132 Farbige. Die Truppen wurde früher zur Hälfte noch aus dem kapitalistischen „Mutterlande" erhalten, heute werden die Kosten voll aus der Eingeborenenbevölkerung gepreßt. Früher war kein Ueberschuß, heute, d. h. 1923, 4 Millionen Franken für den französischen Staatsäckel! Im ganzen wurden 1923 15,8 Millionen Franken aus den Knochen der Schwarzen gesogen. Der Rest wird von der Verwaltung aufgefressen. Diese unmenschliche Ausposaunung stellt aber scheinbar erst den Anfang der weißen Kultur dar. Denn auf Seite 209 des Berichtes steht zu lesen: „Die zukünftige internationale Lage Kameruns muß uns erlauben, an an den militärischen Anstrengungen teilnehmen zu lassen, die wir von unserem afrikanischen Imperium fordern".

Selbstverständlich schlagen sich deutsche Kapitalisten und Pfaffen jetzt an die Brust und rufen: Seht, wir „Deutschen" sind doch besseres Leute, wir haben damals die Schwarzen nicht so ausgepumpt!" Gemach. Der Länderraub an den Eingeborenen, die vielen Meutereien und Rebellionen unter der deutschen Unterdrückung, die enormen Zuschüsse für die Soldateska, bezeugen, daß die Ausbeutung damals so, trotz aller Anstrengungen, noch nicht möglich war. Die Blutbäder an den einheimischen Arbeitern in der demokratischen Republik beweisen, daß die deutsche Demokratie heute in Kamerun sicher nicht weniger grausam sein würde.

NORWEGEN

Berufsegoismus der Gewerkschaften.

Die reformistischen Gewerkschaften Norwegens sind nach dem Grundsatz der Berufsverbände, wie in Deutschland, aufgebaut. In vergangenen Jahre sollten die Verbände auf der Grundlage der Industriegewerkschaften neu aufgebaut werden. Ehe dieser Neuaufbau Platz griff, wollte die Zentrale der Landesorganisation die Maurer zwingen, ein Lohnabkommen anzunehmen, das die Maurer mit großer Mehrheit verwarfen. Die Folge davon war, daß der Verband der Maurer sich von der Landesorganisation loslöste und selbständig machte. Zu dem Verband der Maurer gehörten auch die Maurerhilfsarbeiter.

Dieses Jahr befanden sich die Maurer und Maurerhilfsarbeiter von Kristiania in einem 5 Monate währenden Lohnkampfe. Dieser Kampf endete mit einem Abkommen, welches den Stundenlohn der Hilfsarbeiter um 18 Oere niedriger festsetzte als der Stundenlohn der Maurer. Bei Akkordarbeiten sollen 90 Prozent des Mehrverdienstes der Hilfsarbeiter den Maurern zukommen.

Die Maurer stimmten für dieses Abkommen, die Hilfsarbeiter dagegen. Die Maurer wollten nun die Hilfsarbeiter zur Annahme zwingen und drohten ihnen mit Ausschluß aus dem Verbande bei Nichtannahme. Die Hilfsarbeiter weigerten das letztere. Sie traten aus dem Verbande aus und machten sich selbständig.

Das Kapital regiert nach dem Grundsatz, „teile und herrsche". Je besser es die Proletarier teilen, kann es gesondert sovielen Berufsgruppen und diese noch in sondersoviele Stufen, desto besser wird es ihm gelingen und gelingt es ihm, auch immer wieder, die Proletarier gegeneinander zu hetzen. Die Berufsorganisationen selbst können wiederum nicht anders handeln. Sie sind die Händler mit der Ware Arbeitskraft und unterliegen den kapitalistischen Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Es ist darum auch müßig, von Gleichheit der Löhne im Kapitalismus zu reden, weil dies ein Unding ist. Aber die Frage darf fürs Proletariat je auch nicht heißen, Vervollkommnung des Lohnsystems, sondern Abschaffung des Lohnsystems. Wir möchten hier ein paar Sätze von Marx einfügen, die treffend diese so oft umstrittene Frage behandeln. Er sagt dazu folgendes:

„Ebenso wie die Kosten der Produktion von Arbeitskräften verschiedener Art voneinander abweichen, so müssen auch die Werte der in den verschiedenen Industrien angewandten Arbeitskräfte sich voneinander unterscheiden. Der Ruf nach Gleichheit der Löhne beruht deshalb auf einem Irrtum, einem ähnlichen Wunsch, der nie erfüllt werden wird. Es ist ein Erzeugnis jenes falschen und oberflächlichen Radikalismus, der Voraussetzungen hinnimmt und Folgerungen von ihnen zu erreichen sucht. Auf der Grundlage des Lohnsystems wird der Wert der Arbeitskraft wie der jeder anderen Ware geregelt, und da die verschiedenen Arten von Arbeitskraft verschiedenen Wert haben oder zu ihrer Herstellung verschiedener Arbeitsmengen bedürfen, so müssen sie auch auf dem Arbeitsmarkt verschiedene Preise erlangen. Auf der Grundlage des Lohnsystems nach gleicher oder auch nur gerechter (equitable) Bezahlung rufen, ist dasselbe wie der Ruf nach Freiheit auf Grundlage des Systems der Sklaverei. Was ihr für gerecht und billig haltet, kommt nicht in Betracht. Die Frage dreht sich vielmehr darum, was bei einem gegebenen Produktionssystem notwendig und unvermeidbar ist."

Mitteilungen

GROSS-BERLIN

18. Unterbezirk. Freitag, den 12. September, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung in Cöpenick, Rosen- Ecke Kirchstraße. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Osten. Mittwoch, den 17. September: Vortrag: KJI. und wir.

Cöpenick. Mittwoch, den 24. September: Vortrag: Das Mädchen in der proletarischen Jugendbewegung.

Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen der KAJ.

Am Sonntag, den 14. September, vormittags 9 Uhr, findet in Essen eine Bezirkskonferenz statt.

Tagesordnung:

1. Politische Lage und die Aufgaben der KAJ.
2. Unser Kampf gegen die KJI. (Kampftag der rev. Jugend.)
3. Organisationsfragen.
   a) Bericht des BAA.
   b) Bericht der Gruppen.
   c) Bericht der Partei und Union.
   d) Presse.
4. Unsere Arbeit in Partei und Union.
5. Verschiedenes.

Alle Gruppen müssen vertreten sein, ebenso die Vertreter des BAA. der Partei und Union. Treffpunkt: Jugendherberge, Essen, Sunnanagasse 7.

Bezirk Sachsen der KAJ.

Am Sonntag, den 14. September findet für den Bezirk eine Bezirkskonferenz statt. Die provisorische Tagung lautet:

1. Wirtschaftliche und politische Lage.
2. Organisatorisches.
   a) Berichte der Gruppen.
   b) Aufbau des Bezirks.
   c) Unsere nächsten Aufgaben.
   d) Zeitungen, Kasse usw.
3. Verschiedenes.

Wir fordern die Gruppen und Einzel-Genossen auf, sich an der Konferenz zu beteiligen. Partei und AAU. ist eingeladen. BAA. der KAJD.

Verantwortl. Red. v. Herausgeber: Curt Hellig, Düsseldorf
Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

5. Jahrg. Nr. 72

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

September 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 400 29
(Gesellschaft für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 65.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 3. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Untergang in der Barbarei

90 v. H. der Proletarierkinder unterernährt

Das Preußische Landtag ist eine Denkschrift des Ministers für „Volkswohlfahrt" über den Gesundheitszustand der heranwachsenden Jugend im Jahre 1923 zugegangen, dem wir folgende grausige Einzelheiten entnehmen:

Die heranwachsende Jugend ist im letzten Jahrzehnt von zwei Perioden der Entbehrung betroffen worden: in den Jahren 1917 bis 1919 bestand der Mangel und Zusammensetzung nach ein Mangel an den wichtigsten Nahrungsstoffen für den wachsenden Körper; seit August 1922 führte die steil ansteigende Teuerung zum Ernährungsmangel, namentlich bei Milch und Fetten, neuerdings auch bei Eiweiß. Von der ersten Entbehrungsperiode waren besonders die Schulkinder betroffen. Als erschütternde Tatsache wird festgestellt, daß nach mehrfachen Berichten es zahlreiche Kinder gibt, die überhaupt nicht mehr wissen, was Fleisch ist und die bei Aufnahme in einem Erholungsheim erst wieder lernen, sich richtig zu ernähren. Kartoffeln und Rüben, Kaffee-Ersatz und minderwertiges Brot sind noch heute wieder die Hauptlebensmittel für viele Kinder, wie in zahlreichen Schulen festgestellt wurde. Im Durchschnitt weisen nach ärztlichen Berichten aus zahlreichen Städten und in Industrieorten etwa 40 v. H. aller Schulkinder die Zeichen der Unterernährung auf, gelegentlich sogar 50 bis 60 v. H., ja nach verschiedenen Angaben bis 90 v. H. Die Zahl der schwächlichen gewordenen sechs- bis siebenjährigen Kinder, die wegen Blutarmut, Unterernährung und hierdurch bedingter Körperschwäche von Schulbesuch zurückgestellt werden mußten, ist auf 10 v. H. gestiegen.

Dieser Bericht sagt dem Proletariat in unzweideutiger Art und Weise, was ihm beschieden ist, wenn es in seiner jetzigen Passivität und erschreckender geistiger Trägheit verharrt. Der Bericht der Bourgeoisie, die es ist, die die Bourgeoisie dies alles verdankt, will sie — und tut sie auch nun Kinderes sich entkleiden. Doch wie Hunde von Natur sind, klammern sie sich an ihren „Herrn" und werden je anhänglicher, je mehr Fußtritte sie erhalten.

Diese Haltung der Gewerkschaftsbunde und der SPD.-Parteiführer, die ihnen „lieber" wollten jede Gemeinheit mit der erforderlichen Miene zu Frohnleichnam tragen, würde in kürzester Zeit die Proletarier, die noch denkfähigen und ernsthaft verwarfen wollenden, zur Einsicht bringen. Da kommt mit der radikalsten Aufmachung der russische junge Kapitalismus und beflaggt seinen Hundes, sich mit den sinkenden Gewerkschafts- und Parteiführern zusammtun, zu vereinen. Mit noch nie dagewesener Demagogie wird dieser Richtung in ein „revolutionäres" Gewand gekleidet und das nicht zum eigenen, proletarischen Klassenbewußtsein erzogene Proletariat steht da wie 1914, hilflos, allein, verlassen von seinen „eigenen" Organisationen. Es wird die höchste Zeit, noch ist es nicht zu spät, daß das Proletariat endlich seinen bisherigen Weg, den des Klassenausgleichs, des Klassenverschmelzung, der Reformismus, verläßt und den des proletarischen, internationalen Klassenkampfes, der sozialen Revolution, beschreitet. Läßt sich das deutsche Proletariat weiter von den Verhältnissen treiben und alle Dinge geschehen an sich herankommen, dann wird die Situation, die noch gerührt wird, ein noch viel grausigeres Bild für 1924 entrollen als die obige für 1923. Unerbittlich ist von der Geschichte die Tagesordnung bestimmt, die zur Entscheidung steht. Sie lautet ganz einfach und klar: Entweder Kommunismus oder Untergang in der Barbarei. In letzterer befindet sich das Proletariat. Entrinnen kann es dem nur durch die proletarische Revolution. Dieselbe erfordert auch Opfer an Blut, doch werden dieselben nur ein Teil dessen sein, was der langsame, aber sicher unabwegliche Würgurkrieg erfordert.

Durch den offenen Bürgerkrieg, durch die proletarische Revolution wird der Weg frei zur Diktatur des Proletariats, zum Kommunismus, zur Bedarfswirtschaft.

Durch den Reformismus, durch die Klassenverschmelzungstheorie wird der Bourgeoisie Gelegenheit zum Untergang in die Barbarei bieten, dem sonst das Proletariat unterliegt. Demagogischer allein ist die Reformisten zu bilden. Daß das Proletariat in seinem eigenen Klassenbewußtsein, seinem auch durchzusetzen, aber einzig siegverheißendes Weg der proletarischen Revolution beschreitet, dafür wollen wir unsere ganze Kraft einsetzen.

Was bedeutet das Aufgehen der Roten - in die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale?

Der Verfasser dieser Zeilen hat den Leitartikel „Ein Kampf auf Leben und Tod", Nr. 3 des „Roten Courriers", der auch im „Proletarier" Nr. 16 und 17, Februar 1924 abgedruckt wurde, im Auftrage der Bezirksleitung West-Sachsen der KPD. veröffentlicht. Er ist jetzt mit einer Reihe anderer Genossen aus der KPD. ausgetreten und hat sich der KAP. angeschlossen. D. Red.

Diese Frage muß sich heute jeder klassenbewußte Kommunist stellen und zu beantworten versuchen, will er sich nicht als blinder Werkzeug gebrauchen lassen und um zu erkennen, was auf dem Spiele steht. Schon die Art der Beschlußfassung der oberen Instanzen der KI. und RGI. in Moskau, ohne sich dazu bequemen zu wollen, die Frage der Auflösung der RGI. und Vereinigung mit Amsterdam vorher den breiten Mitgliedermassen zur Diskussion vorzulegen, mußte schon genügen, jedem einsichtigen Kommunisten zum Nachdenken Anlaß zu geben. Gleicht denn diese Art der Erledigung einer so eminent wichtigen parteitaktischen Frage wie der Gewerkschaftsfrage nicht einer klassischen Ueberrumpelung der Mitglieder, wie es zur tagtäglichen Erscheinung in der SPD. geworden ist. Und die Spitzen wußten, was sie machen, denn wäre den Mitgliedermassen die Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage überlassen worden, so wäre das Ergebnis im Sinne der Moskauer politischen Schieber ausgefallen.

Genau so wie im internationalen Maßstabe wiederholt sich die Posse in Deutschland. Am 17. August 1924 tagte in Berlin eine von geselchten Funktionären beschickte Gewerkschaftskonferenz, die die Moskauer Beschlüsse zu den übrigen erhoben hat. Jetzt geht die KPD. daran, die nachträgliche Zustimmung zu der Vereinigung mit den Amsterdamern von den Parteimitgliedern einzuholen. Ein ergötzliches Bild wie man heraus in der KPD. mit der Parteidemokratie umspringt. Die wichtigsten taktischen Fragen werden als grünen Tisch in Moskau entschieden und die Mitglieder der einzelnen Sektionen müssen zusehen, wie sie ihren Segen dazu geben!

Aber nicht diese Tatsache der völligen Ausschaltung des Willens und der Meinung der Mitglieder spielt hier die Hauptbildet den Angelpunkt für die Beurteilung der Gewerkschaftsfrage. Jeder Arbeiter in der KPD. muß vor allem überprüfen, ob die Vereinigung mit den Amsterdamern die Kampffront gegen das Kapital stärken wird, wie es die Moskauer Diener Sinowjews in Deutschland schlagwortig behaupten. Schon auf den ersten Wurf muß es jedem Arbeiter, der die Rolle der Gewerkschaften im und nach dem Kriege bis auf heute nur einigermaßen kennen gelernt hat, die Frage aufdrängen, ob der Möglichkeit einer erfolgreichen Bekämpfung des Kapitals Arm in Arm mit den notorischen Verrätern der Arbeiterklasse zum mindesten ein Stück gemeinsam zu gehen, dann nicht die ganze bisherige Erfahrung zum unzähligen Male unwirksam werden würde, daß die schon seit 1921 propagierte Einheitsfront, deren Verwirklichung Abschluß die jetzt sich vollziehende Vereinigung mit Amsterdam ist, nur zum Schaden und Verderben für die Arbeiterklasse gereicht? Aber wird jetzt nicht gefragt, wie sich die Bildung einer Opposition innerhalb der Gewerkschaften und schließlich um ihre Eroberung. Wer von den kommunistischen Arbeitern diese Hoffnung hegt, bewies, daß er die Sache nicht zu Ende durchdacht hat. Zur Vereinigung gehören zwei Partner und da muß zum mindesten eine gemeinsame Plattform gefunden werden, auf der sich beide Seiten einigen können. Und es ist schon jetzt klar, und wird auch Boden die Amsterdamer bereit sind, die Kommunisten einzunehmen. Es genügt die Bildung einer Opposition innerhalb der Gewerkschaften und schließlich um ihre Eroberung. Wer von den kommunistischen Arbeitern diese Hoffnung hegt, bewies, daß er die Sache nicht zu Ende durchdacht hat. Zur Vereinigung gehören zwei Partner und da muß zum mindesten eine gemeinsame Plattform gefunden werden, auf der sich beide Seiten einigen können. Und es ist schon jetzt klar, und wird auch Boden die Amsterdamer bereit sind, die Kommunisten einzunehmen. Es genügt nur den Briefwechsel zwischen Moskau und Amsterdam zu lesen, um sich darüber klar zu werden, daß nur unter Annahme der Grundsätze Amsterdams, d. h. unter Zustimmung zu der ganzen bisherigen Politik der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die Kommunisten Einlaß in die Gewerkschaften erhalten können.

Niemand darf sich durch die von der KPD. aufgestellten Bedingungen der Vereinigung betören lassen, die nebenbei gesagt, schon in dem Briefwechsel von der RGI. fallen gelassen werden sind, denn sie sind nur das unentbehrliche Dekorum für den Zuschauer, um desto leichter und schneller hinter den Kulissen das Geschäft abzumachen.

Es ist nicht äußerst naiv zu glauben, die Gewerkschaftsbürokratie, wenn sie jetzt der Gefahr zuzusetzen wollen, durch die früheren Kommunisten aus dem Sattel gehoben zu werden. Jetzt, wo die Gewerkschaften mit Hilfe und Mut den Kommunisten die RGI. und den Stürmen der Zeit entronnen sind! Für jeder denkenden Genossen der KPD. kann es keinen Zweifel mitbringen, daß die Amsterdamer Bürokratie Vorsorgen treffen werden, die Opposition in ihren Gewerkschaften nicht stark werden zu lassen. Das wird doch keine Schwierigkeiten dieser bereiten, 1. Die Organisationsapparat in den Händen haben und 2. über eine Reserve verfügen, die der Bekämpfung der Opposition verfügen. Unter der Hand aber verwendet auch die von den KPD.-Bonzen eingegriffene Möglichkeit, die Gewerkschaften zu drohen, in eine hoffnungslose Schwäche. Doch ehe wir an, wie sich diese Schwierigkeiten auf die Opposition auswirken wird. Bei den jetzt an der Opposition wirklichen und politischen Kämpfen wird der Opposition nichts übrig bleiben, — obwohl sie eine andere Taktik wie die Gewerkschaftsbürokratie befürworten muß, sich der reformistischen Mehrheit zu unterstellen und dadurch wird sie an der Schärfe und Erwürgung der ausgebrochenen Kämpfe ihren Teil beitragen. Wichtigerweise wird

schon mit den rebellierenden Elementen Fraktur gesprochen. Da wird sich die alte Geschichte wiederholen, daß die besten Elemente sich außerhalb der Gewerkschaften befinden und man versuchen wird, sie wieder dort hineinzubringen. Wenn es nach dem Sinne der RGI. gehen sollte, muß das so lange geschehen, bis eben die Revolutionäre . . . alle werden.

Und es liegt überhaupt nicht im Sinne Moskaus, revolutionäre Gewerkschaften aufzurichten, denn sonst wäre es unfaßbar, wieso die RGI. die offiziöse Verfassung aufhebt, die im Vorjahre zu verzeichnenden elementaren Massenaktionen aus den Gewerkschaften die Parole entgegensetzte: „Bleibt in den Gewerkschaften". Wenn ernstlich an die Stärkung der Kampffront gegen das Kapital und die Reformisten gedacht werden wäre, so hätte doch die RGI. die Austrittsbewegung aufs kräftigste unterstützen müssen, um einerseits die Bollwerke der Konterrevolution, die Gewerkschaften, zu zerstören und anderseits die RGI. organisatorisch zu stärken. Diese auf den ersten Blick unbegreifliche Einstellung der RGI. wird neben der Tatsache, daß die russischen Gewerkschaften schon 1922! Anschluß an die Amsterdamer Internationale zwar ergebnislos suchten, sofort erklärlich, wenn man sie in Zusammenhang mit den Interessen Sowjet-Rußlands, den kläglichen Arbeiterstaat, bringt.

Was verstehen wir unter den Interessen Sowjetrußlands? Gehen sie Hand in Hand mit den Interessen des internationalen Proletariats, oder laufen sie diesen schroff entgegen. Um auf diese Fragen eine klare Antwort zu geben, müssen wir uns für einen kurzen Augenblick mit der russischen Revolution befassen.

Die Bolschewiki, die in die russische Revolution als Vertreter der Arbeiterklasse eintraten, wurden gezwungen, die Macht in einem Lande zu übernehmen, wo die Bauern rund 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Diese zweite Zusammensetzung Sowjetrußlands konnte nur solange nicht auf Auswirkung kommen, solange der Bürgerkrieg währte. Als aber die feindlichen Interventionen aufhörten und die Hoffnungen auf die Weltrevolution schwanden, kamen die bäuerlich-kleinbürgerlichen Privateigentumsinteressen zur Geltung und verursachten die sich an die Macht klammernden Bolschewiki zur allmählichen Preisgabe der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Der März 1921 wurde durch die Zulassung des freien Handels und des Privateigentums der sichtbare Wendepunkt in der Entwicklung der russischen Revolution. Der Wiederaufbau der zerstörten Industrie und die Hebung der Lebenslage der Bevölkerung wurden zur Lebensfrage des russischen Staates und damit der Bolschewiki, wollten sie sich auch fernerhin behaupten.

Die notwendigen Mittel dafür hatte den Bolschewiki die westeuropäische Revolutionsfaulheit geben können, ohne sich der Gefahr auszusetzen, dem Kapital zu unterliegen. Aber ihr Eintreffen wurde durch den schleppenden Gang der Weltrevolution immer unbestimmter und kann deshalb nur die Bedeutung einer Zukunftsmusik für sie haben. Durwellen swingt die innere Lage Sowjetrußlands die Regierungsmänner zur Ergreifung der nächstliegenden Gelegenheiten, die die Quellen des internationalen Kapitals bieten, um den Bedürfnissen des Landes Genüge tun zu können. Daraus ergab sich gezwungenermaßen die Abhängigkeit Sowjetrußlands vom internationalen Kapital, nicht bloß in Hinsicht auf den Kauf von Produktionsmitteln, sondern auch in bezug auf die bäuerlichen Getreideproduzenten, deren Interesse den Getreideexport erheischen.

Die oben geschilderten Staatsnotwendigkeiten bestimmen allein die Innen- und Außenpolitik Sowjetrußlands und deren Leiter, der Bolschewiki.

Jetzt ist es einleuchtend für jeden Arbeiter in der KPD., weshalb die Bolschewiki in ihrem Lande Maßnahmen im kapitalistischen Sinne treffen mußten, um die Kapitalisten heranzulocken und um ihnen entsprechende Bedingungen für ihre Interessensphäre an Sowjetrußland zu gewähren. Das bestreiten selbst die Bolschewiki nicht.

Die geistig und materiell von der russischen kommunistischen Partei beherrschten III. Internationale und RGI. wurden zugleich in den Dienst der russischen Staatsinteressen eingespannt. Zu diesem Behufe begannen die Moskauer Internationalen, die unter ihrem Einfluß stehenden Arbeiter zweckentsprechend umzustellen, indem sie mit Hilfe der Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung Anschluß an die Reformisten suchten, um die demokratischen Möglichkeiten der kapitalistischen Staaten für den Wiederaufbau Sowjetrußlands auszunutzen.

Es ist bezeichnend, daß der Beginn der Anwendung der Taktik der Einheitsfront und Arbeiterregierung zeitlich mit der Einführung der „Nepp" zusammenfällt.

Die Erfolge, die Sowjetrußland zu verzeichnen hat, sind im Vergleich zu den Zugeständnissen, die sie dem internationalen Kapital gewähren mußte, herzlich wenige. Trotzdem verfolgt die bolschewistische illusionäre Politik und glaubt die jetzt sich bietende Situation, wo in einigen Ländern die Reformisten zwar Einfluß auf die Regierungsmänner, nicht aber auf die Regierungsgeschäfte nutzen können, durch die

GROSS-BERLIN

Allgemeine Mitgliederversammlung der AAU.

Sonntag, den 21. September, vorm. 9 Uhr in Boekers Festsäle, Weberstr. 17

Genossen! Die äußerst wichtige Tagesordnung verpflichtet alle AAU.-Mitglieder vollzählig und pünktlich zu erscheinen

Vereinigung der RGI. mit Amsterdam ihren internationalen Vollzug zu leisten. Hier ist der Schlüssel zu der Erklärung der jetzt sich vollziehenden Vereinigung.

Aber was ist dabei Schändliches und Verwerfliches, wenn die Bolschewiki dies alles zu Nutz und Frommen des „Arbeiterstaates" machen, werden doch Arbeiter aus der KPD. dasselbe rufen. Die Geschichte ist aber nicht so harmlos, wie sie äußerlich scheinen mag. Es genügt schon, allein, die Erfahrungen des vorigen Jahres in Deutschland in den Arbeiten wachzurufen, um zu erkennen, wohin die Politik der Dritten Internationale die Arbeiterklasse führt. Im internationalen Rahmen hat Moskau das Proletariat mit dem Gelste des Opportunismus und Reformismus versucht, d. h. ihr den Glauben an die Befreiung vom Joche des Kapitalismus genommen, noch mehr — die Arbeiterschaft korrumpiert und zermürbt, eine Folge der Indienststellung des internationalen revolutionären Proletariats im Interesse der kapitalistischen Entwicklung Sowjetrußlands, ähnlich wie die SPD. die deutschen Arbeiter in den Dienst der deutschen Bourgeoisie einstellt. In der Vorausahnung, daß das internationale Proletariat sich auf die Dauer im Sinne der kapitalistischen Entwicklung Sowjetrußlands nicht mißbrauchen lassen wird, gründete Moskau im Oktober 1923, als doch die Kunde des nahenden Ausbruches der deutschen Revolution der Welt um die Ohren geschlagen wurde, die Gauerinternationale. Die Wahl ist vortrefflich ausgefallen!

Und was sehen wir in Sowjetrußland? Mit der Anbreitung der bürgerlichen Ordnung hat die russische Arbeiterklasse deren Auswirkungen: kapitalistische Ausbeutung, Streiks, Elend und Arbeitslosigkeit vollauf auszukosten, wo gleichzeitig eine dünne Schicht der bolschewistischen Parteibürokratie ein müßiges und sorgloses Leben führt. Ist das nicht noch ein Beleg dafür, das Sowjetrußland kein Arbeiterstaat mehr ist und daß deshalb auch die Lösung der Gewerkschaftsfrage — die Vereinigung mit Amsterdam — nur gegen die Interessen des internationalen Proletariats erfolgt!

Aus dem bisher Dargelegten wird es jedem KPD.-Arbeiter einleuchten, daß es grundfalsch ist, die Gewerkschaftsfrage getrennt von der gesamten Politik der Dritten Internationale zu bewerten. Deshalb mutet der Einfall derjenigen Kommunisten wundersam an, die die Vereinigung mit Amsterdam nicht mitmachen wollen, wohl aber in der KPD. zu verbleiben gedenken. Das ist eine verzeihliche Halbheit für einen klassenbewußten Kommunisten, der die gesamte Politik der Moskauer Internationale aufmerksam verfolgt. Es liegt doch klar auf der Hand, daß das Aufgehen der RGI. in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nur das Vorspiel zum Aufgehen der Dritten in die Zweite Internationale bedeutet.

Wir haben rücksichtslos den Kreuzzug der internationalen Arbeiterbewegung aufgedeckt, aber keineswegs in der Absicht, die Arbeiterschaft, die jetzt um eine gewaltige Illusion ärmer geworden ist, zu entmutigen und zu schwächen. Gerade das Gegenteil wollen wir durch die Hinwegräumung einer langjährigen Irrung erreichen, daß die Arbeiterklasse sich auf ihre eigenen Interessen besinnt und das eigene Los selbst zu meistern beginnt.

Die Arbeiterklasse kann die Bedingungen ihrer eigenen Befreiung nicht auf anderem Wege sich zu eigen machen, als durch bittere Entäuschungen und blutige Opfer. Aber dieser dornenvolle Weg ist die Voraussetzung für den unsaubleiblichen Sieg über das internationale Kapital, der mit ehernem Schritte einherschreitet. Die Geschichte arbeitet für uns!

Aus dieser Zuversicht heraus darf es kein Schwanken mehr, kein Zögern der klassenbewußten Elemente in der KPD. geben. Die Politik der Dritten Internationale, das internationale Proletariat für ihn klassenfremde Ziele einzuspannen, muß zu durchkreuzen, indem sie ihre Reihen verlassen und sich der einzigen revolutionären Klassenorganisation, der KAP. und AAU. anschließen!

Paul Witterich-Leipzig.

Trickparolen

Der Achtstundentag in seiner Bedeutung für die kapitalistische Weltwirtschaft, der „Kampf" um seine allgemeine Anerkennung und die Triebkräfte dieses Kampfes bildeten den Inhalt des Artikels „Der internationale Achtstundentag" in der letzten Nummer der KAZ. Zum Schluß war dort der Satz aufgestellt worden: „Den Achtstundentag dem Proletariat als Kampfziel darstellen statt es über die wahren Zusammenhänge aufzuklären, heißt reformistische Politik betreiben statt revolutionären Klassenkampf treiben." Dieser Satz sollte eine eingehende Erläuterung in dem heutigen Artikel erfahren. Das erscheint um so notwendiger, als schon dieser bloße Satz verschiedene Genossen aus der KPD. völlig aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Sie kamen nach der Veröffentlichung zu uns und erklärten, diesen Satz überhaupt nicht begreifen zu können. Ob wir denn in unserer „aktionistischen Passivität" dem Proletariat auch bei seinem Kampf um die einzige Errungenschaft der Revolution, den Achtstundentag, in den Arm fallen wollten?

Die Frage in dieser Form ist natürlich absurd. Aber daß die Überhaupt gestellt werden konnte, beweist sowohl, daß das Proletariat in seiner Mehrheit uns noch nicht verstanden hat, als daß wir es auch nicht verstanden haben, uns mit genügender Klarheit auszudrücken.

Um bei dieser törichten Frage anzufangen: wir denken gar nicht daran, dem Proletariat in seinem Kampf um den Achtstundentag in den Arm zu fallen. Mag es nach seinem dreißigjährigen Kampf um diesen Punkt noch einmal dabei begeistern. Aber wenn man schon in einen solchen Kampf eintritt, so muß man doch wenigstens die Hoffnung haben zu siegen. Hier beginnt allerdings unseres Pazifisten Kontrapunktieren. Wir glauben nicht nur, daß es in diesem Kampf unterliegen wird, sondern wir wissen, weil wir Marxisten sind, daß die materiellen und blutigen Opfer dieses Kampfes nutzlos vertan sind, allerdings bis auf das eine wichtige Resultat: daß das Proletariat wieder von einer Illusion geheilt wird.

In den Jahren des kapitalistischen Aufstieges in Deutschland haben die Gewerkschaften es nicht vermocht, den Achtstundentag durchzusetzen. Erst unter dem Druck offen revoltierender Proletariermassen wurde er als Bertragungsmittel zugestanden. Also selbst in einer Zeit, wo sich durch Verhandlung und Arbeitsverweigerung das dem üppig verdienenden Unternehmertum manches Zugeständnis herauszuhelfen ließ, reichten die gewerkschaftlichen Mittel nicht aus, um den Achtstundentag einzuführen.

Die Situation hat sich seitdem gründlich verändert. Heute ist es nicht mehr die aufsteigende Klasse, die von ihren am Weltmarkt eingeramschten Riesengewinnsten der Arbeiterklasse hier und da einen Brocken zuwerfen kann, sondern es ist die absteigende, in einem gewissen Sinne (anderen Kapitalsgruppen gegenüber) verarmte Unternehmerschaft, die die Arbeiterklasse auf das niedrigste Lebensniveau hinabdrücken, mit brutaler Gewalt jede ihrer selbständigen Regungen erdrücken muß, um sich überhaupt nur an Leben und an der Macht zu erhalten. Sie hat es zwar immer verstanden, sich eine gewisse industrielle Reservearmee zu halten, aber sie war in den Jahren des Aufstieges klein im Verhältnis zu heute. Die dauernd steigende Konjunktur in Deutschland verbrauchte alle Kräfte in ingendeiner Art. Heute ist das Kapital in nicht annähernd gleicher Weise auf das Gesamtproletariat angewiesen, im Gegenteil, es erklärt mit zynischer Offenheit 20 Millionen Proletarier seien in Deutschland zuviel. Ihm steht eine ungeheure industrielle Reservearmee, nach einer ungefähren Schätzung drei Millionen Arbeitslose, zur Verfügung. Und wenn man das letzte halbe Jahr überblickt, so fällt einem auf: nicht mehr das Proletariat streikt, sondern das Kapital sperrt aus! Und in dieser Situation will man den Kampf um verbesserte Lebensbedingungen, um den Achtstundentag aufnehmen und zwar mit gewerkschaftlichen Mitteln? Mit denselben Mitteln, die schon in einer ungleich günstigeren Situation sich nicht als hinreichend erwiesen haben? Es gehört wahrhaftig kein großer Scharfsinn dazu, um die Aussichtslosigkeit eines mit solchen Mitteln geführten Kampfes vorherzusagen.

Das mußten auch die KPD.-Genossen einsehen. Von der Aussichtslosigkeit des Kampfes waren sie zu überzeugen.

Aber nun kam der Einwand, daß den indifferenten Proletariern doch greifbare Kampfziele aufgestellt werden müßten, um sie überhaupt in Bewegung zu bringen.

Gewiß, auch wir sind der Meinung, daß man je nach der Situation greifbare Ziele aufstellen soll, aber — sie müssen wirklich greifbar sein, d. h. das Resultat muß unter der Voraussetzung, daß ein Teil des Proletariats dafür kämpft, auch wirklich zu sehen sein. Es darf kein Bluff, kein Trickziel, keine utopische Forderung sein, die selbst bei größter Kraftanstrengung in diesen Verhältnissen eben niemals zu verwirklichen ist. Die KAP. wird in einer bestimmten Situation z. B. das Ziel aufstellen, die Banken zu besetzen oder die Polizeistationen zu stürmen und sich zu bewaffnen. Man kann sagen, wenn das Proletariat dieser Parole folgt, so wird es ein Resultat sehen. Aber sie wird niemals die Parole ausgeben: Streikt oder demonstriert bis der letzte Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß aufgenommen ist. Denn selbst wenn das Proletariat sich mit äußerster Kraft für diese Parole einsetzen würde, es würde niemals ein Resultat zu sehen bekommen, weil es eben eine Trickparole ist, mit der man vielleicht einmal die Indifferenten in Bewegung setzt, aber dann nicht wieder. Man kann ruhig behaupten, daß die ungeheure Indifferenz, die heute im größten Teil des deutschen Proletariats herrscht, auf diese Taktik der KPD. zurückzuführen ist, die sich für besonders schlau hielt, wenn sie mit Parolen, die an die „Nöte der Massen" anknüpften (Kontrollausschüsse gegen den „Wucher", Kampf um „Friedensgoldzähne" in der Inflation, Heraufsetzung des Besitzes zu den Reparationszahlungen, Erfassung der „Sachwerte" usw. usw.) Massen um sich sammelte. Jedesmal fiel das Proletariat auf die Parole hinein, ohne zu erkennen, daß es eine Trickparole war, d. h. Forderungen enthielt, die unter den gegebenen Umständen, d. h. in dieser Periode des kapitalistischen Systems, ohne kraft der die Lage bestimmenden Verhältnisse nicht zu verwirklichen war. Mag eine Partei damit eine Zeit lang Erfolge für sich erzielen, auf die Dauer bleibt der Rückschlag auf die Gesamtsituation nicht aus. Und genau eine solche Parole wie die oben erwähnten ist der „Kampf um den Achtstundentag."

Abgesehen von der Indifferenz breiter Massen, welche die unausbleibliche Folge dieser Taktik ist, liegt ihre Gefahr aber weiterhin darin, daß sie im Proletariat neue Illusionen erweckt. Wenn eine Partei wie die KPD. heute die Losung verdienen Unternehmertum manches Zugeständnis herauszuhelfen ließ, reichen die gewerkschaftlichen Mittel nicht aus, um den Achtstundentag einzuführen.

Die Situation hat sich seitdem gründlich verändert. Heute ist es nicht mehr die aufsteigende Klasse, die von ihren am Weltmarkt eingeramschten Riesengewinnsten der Arbeiterklasse hier und da einen Brocken zuwerfen kann, sondern es ist die absteigende, in einem gewissen Sinne (anderen Kapitalsgruppen gegenüber) verarmte Unternehmerschaft, die die Arbeiterklasse auf das niedrigste Lebensniveau hinabdrücken, mit brutaler Gewalt jede ihrer selbständigen Regungen erdrücken muß, um sich überhaupt nur an Leben und an der Macht zu erhalten. Sie hat es zwar immer verstanden, sich eine gewisse industrielle Reservearmee zu halten, aber sie war in den Jahren des Aufstieges klein im Verhältnis zu heute. Die dauernd steigende Konjunktur in Deutschland verbrauchte alle Kräfte in ingendeiner Art. Heute ist das Kapital in nicht annähernd gleicher Weise auf das Gesamtproletariat angewiesen, im Gegenteil, es erklärt mit zynischer Offenheit 20 Millionen Proletarier seien in Deutschland zuviel. Ihm steht eine ungeheure industrielle Reservearmee, nach einer ungefähren Schätzung drei Millionen Arbeitslose, zur Verfügung. Und wenn man das letzte halbe Jahr überblickt, so fällt einem auf: nicht mehr das Proletariat streikt, sondern das Kapital sperrt aus! Und in dieser Situation will man den Kampf um verbesserte Lebensbedingungen, um den Achtstundentag aufnehmen und zwar mit gewerkschaftlichen Mitteln? Mit denselben Mitteln, die schon in einer ungleich günstigeren Situation sich nicht als hinreichend erwiesen haben? Es gehört wahrhaftig kein großer Scharfsinn dazu, um die Aussichtslosigkeit eines mit solchen Mitteln geführten Kampfes vorherzusagen.

Das mußten auch die KPD.-Genossen einsehen. Von der Aussichtslosigkeit des Kampfes waren sie zu überzeugen.

Aber nun kam der Einwand, daß den indifferenten Proletariern doch greifbare Kampfziele aufgestellt werden müßten, um sie überhaupt in Bewegung zu bringen.

Gewiß, auch wir sind der Meinung, daß man je nach der Situation greifbare Ziele aufstellen soll, aber — sie müssen wirklich greifbar sein, d. h. das Resultat muß unter der Voraussetzung, daß ein Teil des Proletariats dafür kämpft, auch wirklich zu sehen sein. Es darf kein Bluff, kein Trickziel, keine utopische Forderung sein, die selbst bei größter Kraftanstrengung in diesen Verhältnissen eben niemals zu verwirklichen ist. Die KAP. wird in einer bestimmten Situation z. B. das Ziel aufstellen, die Banken zu besetzen oder die Polizeistationen zu stürmen und sich zu bewaffnen. Man kann sagen, wenn das Proletariat dieser Parole folgt, so wird es ein Resultat sehen. Aber sie wird niemals die Parole ausgeben: Streikt oder demonstriert bis der letzte Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß aufgenommen ist. Denn selbst wenn das Proletariat sich mit äußerster Kraft für diese Parole einsetzen würde, es würde niemals ein Resultat zu sehen bekommen, weil es eben eine Trickparole ist, mit der man vielleicht einmal die Indifferenten in Bewegung setzt, aber dann nicht wieder. Man kann ruhig behaupten, daß die ungeheure Indifferenz, die heute im größten Teil des deutschen Proletariats herrscht, auf diese Taktik der KPD. zurückzuführen ist, die sich für besonders schlau hielt, wenn sie mit Parolen, die an die „Nöte der Massen" anknüpften (Kontrollausschüsse gegen den „Wucher", Kampf um „Friedensgoldzähne" in der Inflation, Heraufsetzung des Besitzes zu den Reparationszahlungen, Erfassung der „Sachwerte" usw. usw.) Massen um sich sammelte. Jedesmal fiel das Proletariat auf die Parole hinein, ohne zu erkennen, daß es eine Trickparole war, d. h. Forderungen enthielt, die unter den gegebenen Umständen, d. h. in dieser Periode des kapitalistischen Systems, ohne kraft der die Lage bestimmenden Verhältnisse nicht zu verwirklichen war. Mag eine Partei damit eine Zeit lang Erfolge für sich erzielen, auf die Dauer bleibt der Rückschlag auf die Gesamtsituation nicht aus. Und genau eine solche Parole wie die oben erwähnten ist der „Kampf um den Achtstundentag."

Abgesehen von der Indifferenz breiter Massen, welche die unausbleibliche Folge dieser Taktik ist, liegt ihre Gefahr aber weiterhin darin, daß sie im Proletariat neue Illusionen erweckt. Wenn eine Partei wie die KPD. heute die Losung ausgibt: Wir wollen uns die Beibehaltung oder Wiedergewinnung des Achtstundentages kämpfen, so muß zu mindesten ihre Mitgliedschaft an die Möglichkeit des Erfolges glauben. Wir haben vorhin an den objektiven Tatsachen gelernt, daß diese Möglichkeit im untergehenden Kapitalismus nicht besteht, wenn der Kampf nur mit gewerkschaftlichen Mitteln geführt wird. Statt also dem Proletariat brutal die Augen zu öffnen und ihm die Situation zu zeigen wie sie ist, erfüllt man es mit der Hoffnung, daß es auch in dieser Periode des untergehenden Kapitalismus noch möglich sei, seine Lage zu verbessern, eine Hoffnung, die zugleich, wenn auch oft unbewußt, **die Hoffnung ist, um die endgültige blutige Auseinandersetzung mit dem Kapital herumzukommen.** Daß diese Parolen solche Hoffnungen und Gedankengänge im Proletariat erwecken, darin liegt das geradezu Konterrevolutionäre in ihnen.

Der letzte Einwand, der den Genossen der KPD. nun noch bleibt ist der, ob wir denn glaubten, mit einem Proletariat, das nicht einmal imstande sei, den Achtstundentag zu verteidigen, die Revolution machen zu können? Diese Frage, die auch in bezug auf die Eroberung der Gewerkschaften so oft gestellt wird, verrät eine ganze Weltanschauung, die vielleicht einem preußischen Oberlehrer alle Ehre macht, aber von der Erkenntnis über das Wesen einer Revolution gänzlich unberührt geblieben ist. Was ist das Falsche an dieser Frage selbst? Daß sie das Problem der verschiedenen Mittel gar nicht sieht. Nicht umsonst haben wir die Aussichtslosigkeit des Kampfes um den Achtstundentag bei der Anwendung gewerkschaftlicher Mittel unaufhörlich betont. Daß der Achtstundentag dagegen durchsuzusetzen war bei der Anwendung revolutionärer Mittel, das haben wir ja 1918 sogar erlebt. Das heißt, es bedurfte überhaupt keiner Anwendung von irgendwelchen Mitteln, sondern da die Situation revolutionär war, so beeilten sich die Herren

An die Mitglieder der Kommunistischen Partei

Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Uebergriffe des Kapitals. Sie erweisen sich in Einzelfällen als unwirksam infolge unbedachten Gebrauches ihrer Macht. Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck dadurch, daß sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Unwandlung hinzuarbeiten und ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Befreiung der arbeitenden Klassen, das heißt die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen.

In diesen wenigen Sätzen hat Marx das Wesen der Gewerkschaften aufgezeigt. Diese Worte sind vor Jahrzehnten geschrieben und niedergeblegt worden, als noch ungeheure Ausdehnungsmöglichkeiten für das Kapital bestanden und auf der andern Seite, die Gewerkschaften noch den Klassenkampfgedanken vertraten.

Inzwischen hat sich viel geändert. Das Kapital hat seine Blütezeit überwunden. Es ist durch den Weltkrieg gewaltig und hat die Profitwirtschaft so zerrüttet, daß es nur noch durch die Versklavung von Millionen Proletariern leben kann. Die zerstörte Kaufkraft des internationalen Proletariats kann durch die Bourgeoisie innerhalb dieser Profitwirtschaft nicht wieder hergestellt werden, im Gegenteil, nur durch beständige Ausbeutung kann es seinen Profit sichern.

Doch die oben zitierten Gewerkschaften haben eine geschichtlich bedingte, zwangsläufige Umänderung erlebt. Sie waren als Klassenkampforganisationen entstanden in der Epoche des Kapitals, wo es noch viele Kleine und Mittelbetriebe vorherrschend war und wo durch die gegenseitige Konkurrenz des Kapitals Erfolge der Berufsorganisationen von längerer Dauer möglich waren. Während das Kapital sich zu höheren Formen entwickelte, erstarrten die Organisationen der Arbeiterschaft allmählich und wurden in entscheidenden Moment 1914 zu einer Waffe der Bourgeoisie, die sich gegen das Proletariat mit ungeahnter Schärfe richtete. Bis 1914 verfolgten sie im allgemeinen ihren Zweck, das Karl Marx treffend aufzeigte, doch seit der Zeit bekämpfen sie offen mit allen Mitteln den Hauptzweck, den Sozialismus oder Kommunismus, die Beseitigung der Lohnsklaverei.

Proletarier! Klassengenossen der KPD.

Es ist mühtiges Beginnen, an dieser Stelle all die Gemeinheiten der Gewerkschaften, die aber in ihrem Wesen, in ihrem inneren Kern begründet sind, aufzuzeigen. Ihr alle kennt sie und habt sie am eigenen Leib erfahren. Sie sind so in dieser Profitwirtschaft verankert, so stark hinein gewachsen, daß sie mit die stärksten Stützen dieser „Ordnung" sind, daß sie, wie sie sich selbst loben, immer noch den einzigen festen Damm gegen die bolschewistische Flut — gemeint ist die proletarische Revolution — darstellen. Im unermüdlichen zähen Kampf, der tatsächlich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, hat ihr auf Geheiß eurer Organisation, der KPD. verwiesen, diese Organschwarzkittel Siehe würdig gewesen wäre, hat ihr auf Geheiß eurer Organisation, der KPD. verwiesen, diese Organschwarzkittel, diese festesten Stützpunkte der Konterrevolution zu erobern um sie zu Stützpunkten der Revolution umzuwandeln. Ihr glaubtet, daß durch neue Männer der Mechanismus gewandelt werden könnte, der ja nur durch die Profitwirtschaft funktionieren kann. Fällt diese, fällt auch die Existenzberechtigung der sogenannten Lohnverbesserungsmaschinen, der Gewerkschaften. Daß sich eine Bürokratie die Grundlage ihrer eigenen Existenz verzichtet oder versuchen würde, lediglich nur gläubige Arbeiter, die den Glauben über das Wissen und Erkennen setzen, anzuhängen.

Doch eure Glaube hat euch nichts gebolfen. Die heiren Tatsachen waren stärker als eure blinde Vertrauen in sehr redegewandte „Führer". Mit ehrem völligen Bankrott endete diese „stolze" Parole: „Eroberung der Gewerkschaften." Bis zu 70 v. H. sind ihr teils aus revolutionärem Gefühl, teils das Unmögliche eures Beginnens einsehend, aus der Organschfront desertiert. Teils habt ihr euch selbstständigen Berufsorganisationen angeschlossen, die durch den Hinauswurf von maßgebenden „Führern" eurer Organisation sich gründeten. Teils seid ihr Union der Hand- und Kopfarbeiter beigetreten, alle mit dem Bewußtsein, daß der Proletariat seinen organisierten Klassenfeind nicht mehr zu bekämpfen gegenüberstehen kann und darf. Billige allerdings bleiben auch unorganisiert im Betrieb, weil ihr Glaube an stark erschüttert worden war durch den harten Gang der Ereignisse.

Proletarier! Klassengenossen der KPD.

In dieser Periode des Kilrens der Gehirne, in dieser Zeit der Zersetzung des Glaubens an ein bestimmtes Kampfziel der Revolution, trifft euch wie ein Keulenschlag von hinten die erneut radikal frisierte Parole der Konterrevolution: „Eroberung der Gewerkschaften" und „Einheitsfront".

Noch nie ist so klar wie diesmal der Auftraggeber erkannt worden. Während vor dem Frankfurter Parteitag die KPD. in ihrer Mehrheit sehr für Zertrümmerung der Orgaschbollwerke, der Gewerkschaften, war, erfolgte dann jedoch eine der Rückzug der „Linken". Erst langsam und vorsichtig, doch dann immer klarer zeigte Rußland sein wahres Antlitz und klar erkenntlich ist es wohl für jeden Proletarier, der nicht glaubt, sondern wissen will und sieht, daß dieses Hin- und Herschwenkens des Weltproletariats seinen nationalen Interessen entspringt. Wir wissen und haben es bisher oft an eigenen Leib verspüren müssen, daß jegliche kritische Stellungnahme von seiten der Kommunistischen Arbeiter-Partei gegen die Parolen der KPD. zur Beachtung fand in euren Reihen, solange die Frage Rußland unberührt blieb. Gingen wir jedoch jeder Parole, die oft sehr radikal klang, auf den Grund und daß ist jeder Revolutionär verpflichtet zu tun, dann nützten alle stichhaltigen Argumente nichts mehr, an Rußland durfte nicht gerüttelt werden. Und doch sagen wir hier zum soundsovielten Male an euch Proletarier der KPD.:

Ihr werdet nie zur Klarheit kommen können und werdet nie den Lauf der proletarischen Revolution in Westeuropa verstehen, wenn ihr nicht den Gang der geschichtlichen Entwicklung — die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland — ganz nüchtern analysieren wollt. Wenn ihr bei jedem Wort, daß über Rußland gesagt wird, sofort aufspringt, den kritischen Verstand ausschaltet und dafür das Gefühl walten lasst. Dieses Gefühl, das euch glauben macht, daß das Rußland von 1917 bis 1919 noch dasselbe von 1920 und 1924 ist.

Erst wenn ihr als revolutionäre Proletarier, denen das Wesen des Marxismus nichts unbekannten ist, die historisch-materialistische Denkweise auch Rußland gegenüber anwendet, werdet ihr erkennen, daß diese euch so verwirrende, kopfloses machende Parole: „Alles wieder hinein in die Gewerkschaften," den harten wirtschaftlichen, d. h. kapitalistischen Notwendigkeiten des russischen Staates entsprotzt. Um seine Handelsverträge zu sichern, um überhaupt in den Weltmarkt hineingelangen muß es sich außenpolitische Stützpunkte schaffen. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist ein wichtiges Instrument für das westeuropäische Kapital. Um dort, vertreten zu sein, dort Einfluß zu haben im Interesse seines nationalen Aufbaues, seiner privatkapitalistischen Wirtschaft, muß Rußland sein außenpolitische Machtinstrument, die III. Internationale, in die Wagschale werfen. Den Marxismus hat man, da er die Proletarier sogar kritisch an ihren Göttern werden läßt, durch den Leninismus ersetzt. Der Leninismus erfordert nichts weiter als blindes Gehorchen gegenüber den Beschlüssen von oben unbeschadet dessen, wie inzwischen die ökonomischen Verhältnisse sich entwickeln haben und unbeschadet dessen, wie sich das Grundelement, die Mitgliedschaft dazu stellt. Ein echter Leninist gehorcht und trägt und kritisiert nicht lange. Wer es doch tut und sich nicht willenlos fügt, fliegt.

Proletarier! Klassengenossen der KPD.

In der jetzt vor sich schwerer Entscheidungen, ist halt zu entscheiden zwischen Revolution und Konterrevolution, zwischen Kommunismus und Kapitalismus.

Hinein in die Gewerkschaften heißt bei kritischer Betrachtung hinein in die konterrevolutionäre Front, hinein in die Orgaschfront. Helfst in seiner Auswirkung den Versuch, mit Millionen verschundenen Proletariern den „Wiederaufbau" der Profitwirtschaft zu unternehmen, der gesetzlich lich betrachtet auch im Interesse der Sowjetunion liegt, aber trotzdem nicht möglich ist, sondern zum Untergang in die Barbarei führt.

Ihr habt nun als revolutionäre Proletarier klar zu erkennen, daß eure bisher gegangene Weg, den ihr im Interesse Rußlands gegangen seid, nicht der Weg der Revolution war. Zusammen mit habt ihr das Proletariern der Kommunistischen Arbeiter-Partei erklärt, daß sie Recht hätten zur die Masse noch nicht so weit sei. Nun liegt es an euch zu beweisen, ob ihr den Weg der proletarischen Revolution, den Weg des kompromißlosen Klassenkampfes, den Weg zum Kommunismus beschreiten wollt oder ob ihr wieder, wie schon das öfteren aus Denkfaulheit, Bequemlichkeit oder sonst welchen Gründen den Weg der Führer, d. h. den der „Ruhe" gehen wollt. Gegen eure Welt von Feinden haben die Kommunistische

Die freien Gewerkschaften und der Weltfrieg

IV.

Der Burgfrieden und seine Folgen

„Der Krieg schafft Situationen, die nicht gesellschaftsauflösend, sondern im großen Maße gesellschaftsfördernd wirken, die in allen Volkskreisen in ganz ungeahntem Maße soziale Kräfte wecken und sozialpolitische Bestrebungen auszuschalten." (Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 5. September 1914.)

Bei Kriegsausbruch wurde über ganz Deutschland der Belagerungszustand verhängt und alle Gewalt ging in die Hände der Generale über. Die Kriegsheer hatten freies Feld und konnten sich nach Gefallen austoben. Gegen was hatte man nun eigentlich den Belagerungszustand angewendet, besonders in den ersten Tagen? Man hat ihn benutzt, um die Träumer vom Weltfrieden, die Pazifisten zu zehlschweigen, jene politischen Blankroulase, die bestimmt, man müsse auch mäßig sein, wenn es um Erobern gehe. Aber auf Spatzen schießt man nicht mit Kanonen, Ohnmächtige schlägt man nicht in Fesseln. Gegen die Arbeiterklasse, gegen die allein richtete sich der Belagerungszustand und gegen die „hielt man durch" vierzehnlang Jahre lang. Die „kühne Vorkämpferin" der Arbeiterklasse aber, die Sozialdemokratie, sagte in ihrer bekannten Erklärung vom 4. August 1914 ganz wenige, schwächlichen Wörtchen gegen den Belagerungszustand. Sie ist gut darauf, denn sie versuchte so mit keinem Wort, daß sie mit der Bewilligung zum Krieg zugleich auf den einzigen Rechtstitel ihres Seins, ihre Klassenkampfvertretung verzichtet hatte.

Mit der Bewilligung der Kredite, mit der schwiegenden Billigung des Belagerungszustandes hatte die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse der Gewaltherrschaft ausgeliefert. Aber das genügte noch lange nicht, die Kreise waren der Regierung sicher. Den Belagerungszustand hatte sie in der Hand mit Zustimmung der Arbeiterpartei, oder ohne sie. Sie wollte die Kräfte sparen. Sie wollte nicht erst wieder den Widerstand der Massen, wo er sich auch regen sollte, überwinden. Die Arbeiterorganisationen sollten sich ihr selber gefesselt ausliefern. Und das geschah. Den Führern des Proletariats wurde jedes Opfer auf dem Altar des Vaterlandes zu hoch. Schon die bekannte Erklärung der Gewerkschaftsführer vom 2. August lieferte das Proletariat vollständig dem Militärregime aus. Die Rettung der Organisationen, das war der ernste Gedanke der Partei- und Gewerkschaftsbeamten, ihre ganze Haltung während des Krieges haben die damit begründet, immer wieder: 20 Millionen Mark, die in den Unterstützungskassen der deutschen Arbeiterschaft steckten, die Position von 11 000 Angestellten galt es zu retten, so erklärte Ende September 1914 das Parteivorstandsmitglied Otto Braun. Man brachte Gründe vor, die dem Normalvorstand der Kassenführer und Markenkleber durchaus plausibel waren. Und es gehörte eigentlich keine Schergabe zu der Erkenntnis, daß diese Organisationen gegen die Arbeiter wirken mußten, solange sie in den Händen derjenigen waren, die im entscheidenden Augenblicke an ihre 11 000 Pöstchen dachten.

Und Vorstand und Gewerkschaften retteten die Organisationen mit den 11 000 Angestellten und opferten das Proletariat. Sie haben sich gerühmt, daß die ungeheuren Leist

Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiter-Union die Erfahrungen der proletarischen Revolution beobachten und in ihrem Kampf gegen alle gewollte und ungewollte Demagogie verteidigt. Unbeeinflußt von irgend welchen nationalen Gesichtspunkten haben sie beide als echte Kinder der Revolution unermüdlich für die Selbstverwirklichungsentwicklung des Proletariats sowie für die revolutionären Räte als Kampfwaffe der proletarischen Revolution gestritten.

Ihre Losung ist nicht die konservative Note, wie es die „Rote Fahne" noch vom 9. September vertritt: „Ein gerechter Tagelohn für einen gerechten Arbeitstag", sondern ihre Losung ist das revolutionäre Schlagwort: „Abschaffung des Lohnsystems." Wir richten darum an euch Proletarier der KPD, die Aufforderung, nicht Letztleiter, sondern revolutionäre Marxisten zu sein. Nicht Mißklänge alles dessen, was euch von den Instanzen vorgesetzt wird, sondern kritisch und schöpferisch im Positiv erhaltend für die Zukunft, für den Kommunismus wirken zu können.

Der Kommunismus ist nicht die Sache einer Nation, sondern die kommende Frage des Weltproletariats, seines Lebensinhalts. Die Frage darf nicht für euch lauten, was waren die Bolschewiki, sondern was sind sie jetzt. Frage dann weiter, warum sind sie an geworfen und die Beantwortung heißt: entscheidende Frage: „Sollen wir endlich in die Gewerkschaften?" Kann denn eine Klassenpartei zurückgehen mit einem Nein. Um die Fahne der Kommunisten zu sammeln, die revolutionären Räte sammelt und einigt sich das Klassenbewußte Proletariat. Unser Ruf, der Ruf der Revolution lautet:

„Herunter aus der Organisationsfrage!
Hinein in die Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiter-Union!"

Und unser Schlachtruf,
der die Bourgeoisie erzittern läßt immer und immer wieder:

„Alle Macht den Räten!"

Politische Rundschau

Die Bonner „Kommunisten"

gehen offen den Weg der Sozialdemokratie

Wir erhalten von unseren Genossen aus Bonn folgenden Bericht:

Die Ortsgruppe Bonn der KPD. hielt am 7. September im Lokal Müller, Bonn-Süd, Bergstraße, einen sehr vergnügten Abend ab. Dazu waren alle Sympathisierenden eingeladen. Das Programm war sehr reichhaltig. Komische Vorträge! Darauf Verlosung von Stühlen, Nippsachen, Kleidern und Kinderflöhchen. Die Verlosung nahm der Vorsitzende und Stadtverordnete Poech mit aufgerollten Hemdärmeln vor. Jedes Los war ein Gewinn. Dann gabs ab und zu noch heitere Sachen. Man markierte Tonfetttumma, kleine Kinder usw. Zum Schluß wurde ein revolutionäres Tänzchen gepflegt. Der Stadtverordnete Faust bearbeitete das Klavier und lustig klang es durch den Saal: „Die kleinen Mädchen — die müßt ihr fragen, , ," worauf alle dann das Tanzbein schwingen konnten. Um nun den revolutionären Eindruck der KPD. nicht ganz außer acht zu lassen, sang man dann die Internationale.

Wir Bonner KAPD.-Genossen fragen euch Genossen der KPD.: „Hat dieser bürgerliche Klüngel irgend etwas mit der proletarischen Revolution zu tun?" Ist es und kann es die Aufgabe einer revolutionären Organisation sein, sich der bürgerlichen Ideologie der Massen anzupassen, sogar, wie hier in Bonn, dieselbe noch zu steigern? Proletarier der KPD. erkennt ihr nicht den Weg, den ihr geht in allen Fragen der proletarischen Revolution, der euch nicht vorwärts, sondern rückwärts gleitet im Lager der offen bürgerlichen Sozialdemokratie führt? Wir rufen euch zu: „Laß ab von dem Betäubungsmittel des Fastefeierns. Als Soldaten der proletarischen Revolution habt ihr allen falschen Freunden, die euch mit dem bürgerlichen Gift der „harmlosen, heiteren Abende" nur von eurer Klassenerkenntnis und von eurer geschichtlichen Aufgabe abhalten wollen, den Rücken zukehren. Angesichts des verschärften Justizterrors der Bourgeoisie gegen das Proletariat heißt es nicht erlahmen in der Unterstützung der Opfer der weißen Justiz. Und angesichts der den Proletariats so stark bewegenden Gewerkschaftsfrage gilt es alle geistigen Kräfte anzuspannen um durch harte, unerbittliche Kritik vorwärts zu kommen. Vorwärts zu kommen in der Selbstverwirklichungsentwicklung des Proletariats, um die geistigen Bedingungen mit zu erfüllen, die notwendig sind für den Sieg der proletarischen Klasse über die Bourgeoisie. Singt die Internationale nicht als Leierkastenlied und Gassenhauer, sondern denkt euch als Proletarier etwas dabei bei folgenden Zeilen:

„Es reitet uns kein höh'res Wesen
Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.
Uns muß dem Mend zu stillen
Können wir nur selber tun!"

System Leinert in der SPD.

Der selbst für den „Vorwärts" äußerst peinliche Fall Leinert ist nun nicht etwa eine Ausnahme in der kleinbürgerlichen Reformpartei, sondern selbstverständlich System: denn der Kleinbürger hebt es, viel zu essen und zu trinken und seine Zukunft auch möglichst sicher zu sehen. Seine dreckige Seele bedingt einen feisten Wanst. Hat er diesen, hat er alles. Mögen für heut' etliche Fälle aus der Sozialdemokratie festgehalten werden, nicht um vielleicht die „Führer" zu beschämen. Dies ist nicht möglich, da dieselben als Kleinbürger, als Bourgeois über so etwas moralisches je nicht mehr verfügen. Wir tun dies nur, um unseren Genossen etwas Material zu übermitteln in ihrem täglichen Kampf mit denjenigen Klassengenossen in den Betrieben, die leider noch immer glauben, daß die „bewährten" alten Genossen von dummsaß doch noch den Sozialismus wollen.

Die Levie, Leuch, Zickler, Winnig, Kloth, Strieser und noch verschiedene andere sind wohl noch in Erinnerung als offen gekaufte Subjekte. Der Stinnes-Konzern og sie auf und je nach Talent und Leistungsfähigkeit wurden dieselben entweder als Chefredakteur als Paul Lensch (Leyssow) in der „DAZ." oder als sonstige Zutreiber verwendet. Nach dem Tode von Hugo Stinnes, dem Großen, scheint Panlichen in Ungnade gefallen zu sein. Seine Fähigkeiten dauert nämlich verflucht lange. Sollte er heimlich ausgeschifft worden sein? Möglich ist es schon, da ja „der gewaltigste Organisationsgenie" — wie Ihn Severing nannte — tot ist. Doch wollen wir jetzt einige von den noch ganz festen „Sozialisten" aufzählen, die sich als Aufsichtsrate von großen Konzernen sehr wohl fühlen und diese Art Sozialismus mit Wort und Schrift verteidigen.

Der Industriemagnat Barmat ist doppelt geschickt, noch geschickter als Stinnes es war. Er hat gleich zwei Volksvertreter von echtem Schrot und Korn in den Aufsichtsrat seiner Gesellschaft gesetzt und zwar den Zentrumsabgeordneten Lange-Hegermann und den Chef der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen, den geriebensten und gefährlichsten „Rotkopf", Ernst Heilmann.

Doch am besten versteht wohl der „Genosse" Gustav Bauer den Klassenkampf zu führen. Er hat die Parole: „Alle Macht den Räten!" so verstanden, daß damit die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften gemeint sind. Da er nun über strotzende Gesundheit und dementsprechend über riesige Arbeitskraft verfügt, ist er für folgende Unternehmungen im Interesse der „Sozialisierung" tätig:

1. Deutsche Margarine- und Speisefett-Fabriken A.-G.,
2. Deutsche Werke A.-G.,
3. Dünger-Kreditbank A.-G.,
4. Flensburger Margarine-Werke G. m. b. H.,
5. Internationale Handelsbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,
6. Vereinigte Industrie-Unternehmungen A.-G.

Ob der Bauer, der aber keiner ist, noch zu übertreffen ist? Zu diesem Bauer gesellt sich noch in der Dünger-Kreditbank A.-G. der Müller — August, bekannt als Hauptmitarbeiter des „Führer-Abendblatter" und des „Berliner Börsen-Courier".

Die gesunde Logik der Gewerkschaftsführer, der Klassenverräter, äußert sich am besten bei dem Führer des Bergarbeiterverbandes und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, dem „Genossen" Husemann. Er ist Mitglied des Aufsichtsrats der Bergwerksgesellschaft Hibernia, eine der brutalsten Scharfmacher-Unternehmungen im Bergbau.

In der Frankfurter Gasgesellschaft sitzt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Hüttmann im Aufsichtsrat.

Rudolf Wissel, M. d. R., sitzt wie sein verstorbener „Großer" Kollege Karl Legien im Aufsichtsrat der Deutschen Werke A.-G.

Karl Leid, ehemaliger strammer Ueepe, jetzt SPD.-Abgeordneter, sitzt im Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn.

Fritz Enders (München), SPD.-Abgeordneter des bayerischen Landtags, sitzt in der Rhein-Main-Donau A.-G. und die Bayernwerke A.-G. als Aufsichtsratsmitglied.

Vielleicht hat Leinert der Neid nicht schlafen lassen über seine Genossen, die sich so schön überall eingenistet haben. Daß ihm dies nun im „Vorwärts" zum Vorwurf gemacht wird, ist unerhört.

Die KPD., die sich nicht genug darüber entrüstet und den Fall Leinert weidlich ausschlachtet, hat nun dabei, diesen Klein- und Großbürgern, diesen angesprochenen Bourgeois die Massen wieder zuzutreiben durch die Parole: „Hinein in die Gewerkschaften!" Damit dokumentiert sie, daß sie Fleisch vom Fleische der SPD. ist und, wie Sachsen und Thüringen in schon bewiesen haben, auch vor nichts zurückschreckt, was den Weg zur Bourgeoisie ebnet. Augenblicklich ist sie noch in rückläufender Opposition, doch die Entwicklung des Parlamentarismus führt zu der Entwicklung, die wir hier in der Reformpartei, der Sozialdemokratie vor uns sehen. Läuft das Proletariat in seiner Gedankenfaulheit weiter diesen parlamentarischen Sirenenschlichen und Glückrittern nach, dann wird es noch manche ähnliche Liste zu sehen bekommen, die vielleicht nur immer radikalere Namen tragen werden, als die augenblicklichen. Mit der Verlängerung dieser Listen wird aber sein Elend wachsen, und es immer wieder vor die Frage gestellt werden, dieses System mit seinen „sozialistischen" Aufsichtsräten zu stürzen, um sich selbst zum Herrn seines eigenen Geschicks zu machen, oder unterzugehen.

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern!
Sammelt und zeichnet auf die Listen der
V R U K
Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommission

Die Selbständigen bleiben selbständig

Bekanntlich sind die bekannten Führer der selbständigen Verbände Weyer, Kaiser und Schumacher aus der KPD. ausgeschlossen worden. Sie hatten nun zum Mittwoch, den 10. d. M., eine Mitgliederversammlung einberufen, wo die Gründe ihres Ausschlusses nochmals kritisch beleuchtet werden sollten. Dieser Versammlung wollte nun die KP. von Berlin das Wasser abgraben, indem sie zum Dienstag abend alle KP.-Mitglieder der zugeschlossenen Verbände zu einer Versammlung aufforderte, um sie dort vor den „Antibolschewisten" zu warnen. Es muß der Euth Fischer aber nicht gelungen sein; denn die Versammlung der Ausgeschlossenen mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter war gut besucht. Es ist interessant, daß die „Rote Fahne" von beiden Versammlungen weder von der vom Dienstag, noch vom Mittwoch, einen Bericht bringt.

In der Mittwoch-Versammlung referierte Schumacher. Er erklärte, daß die kommunistischen Sonderorganisationen nur die Beschlüsse der III. Internationale durchgeführt hätten, und konnte es auch beweisen. Doch jetzt bleiben dieselben entgegengesetzt der Moskauer Anordnung bestehen und sie werden immer neue Mitglieder aufnehmen.

Auch die Union der Hand- und Kopfarbeiter denken an keine Auflösung. Ein Mitglied der Zentrale der KPD. sprach nicht. Sollte vielleicht dagewesen sein oder hatte man keine Courage?

Zwei Entschließungen wurden fast einstimmig angenommen, die besagen, daß Schumacher und Genosser zu Unrecht aus der KPD. ausgeschlossen wurden und daß die Aufrechterhaltung der Sonderorganisationen notwendig ist.

Wirtschaft

Ein vollständiges Fiasko der Leipziger Herbstmesse

Die Leipziger Messe ist stets ein Barometer der Wirtschaftslage, aber auch ein Symptom für Konjunkturen und Krisen gewesen. Die Herbstmesse stand besonders unter dem Zeichen der Londoner „Vertrage", was, unter dem Zeichen der Reichstagsverhandlungen über die von der Londoner Konferenz verlangten Gesetze. Die ganze deutsche Presse posaunte schon wochenlang vor Beginn der Messe den Anfang der deutschen Konjunktur auf dieser in die Welt. Die Regierung, resp. die in Frage kommenden amtlichen Stellen machten Reklame für sie nach Art der Ludendorff'schen Schlachtenberichte. Um die deutschen (auch ausländische) Käufer aufzumuntern, mußten sie scharenweise Extrazüge mit Käufern aus dem In- und Auslande in die Presse. Die Messe selbst aber richtet sich nicht nach den frommen Wünschen der November-Demokraten, sondern nach ehernen ökonomischen Gesetzen. Wie die Ludendorffschen Siege endete sie mit einem vollständigen Fiasko. Die in wirtschaftlichen Fragen scharfblickende Stinnes'sche „Industrie- und Handels-Zeitung" kritisierte die amtlichen Berichte schon am 5. September so:

„Diese täglichen „amtlichen" Mitteilungen verstehen es meisterhaft, die Haupt- und Kernfrage jeder Messe, die im Umfange der Geschäftsbetätigung liegt, zu umgehen und den Nachdruck so stark auf bei weitem belanglosere Tatsachen zu legen, daß die Oeffentlichkeit fast glauben müßte, die Messe sei eine Angelegenheit hauptsächlich der Sonderzüge und des Besuches in- und ausländischer Regierungsvertreter. Die tägliche Registrierung der eingelaufenen Sonderzüge (— deren Statistik seit Wochen festgelegt ist —), ist lediglich ein Beweis für die Durchführung des Eisenbahnfahrplanes, nicht aber, wie die offiziellen Berichte es vortäuschen möchten, für den starken Zustrom neuer Einkäufer. Denn es wird selbstverständlich kein Wort darüber verloren, auf wieviel leeren Plätzen die Sonderzüge eintrafen."

„Aus den gesamten über die Messe vorliegenden Berichten können wir und zusammenfassend äußern. Das Geschäft stand im Zeichen vollkommener Stagnation und war äußerst schleppend. Die Preise ließen 10 bis 15 v. H. nach, standen aber trotzdem noch 10 bis 50 v. H. über den Weltmarktpreisen. Nach dem Auslande wurden nur spezifisch deutsche Spezialfabrikate in geringem Maße verkauft. Das Inlandsgeschäft lief in dem auf die Krise eingeschnittenen normalen Verbrauch. Obwohl der Engroshandel sich seit der Stabilisierung der deutschen Währung angewöhnt hat, seine Bedürfnisse auf der Messe einzudecken und die Aussteller ohne rosige Hoffnungen nach Leipzig gingen, verließen sie vielfach schon am Sonntag die Verkaufsstände. Schon die äußere Beschickung und die vielen leeren Verkaufsstände bewiesen, daß der Umsatz sehr weit unter dem der Frühjahrsmesse stand. Aus der Praxis heraus hat der Engroshandel die Lehre gezogen, daß auch die blauesten Illusionen und die größten Kreditversprechungen noch keine Kaufkraft zaubern. Obwohl das Zeklingsseil im Durchschnitt einen Monat und mehr betrug und die Aussteller bei jedem Verkauf zu verstehen gaben, daß sie das Geld doch stets ein und zwei Monate nach Ablauf des Zieles bekämen, hielten die Einkäufer sehr stark zurück. Die soeben beendete Leipziger Messe war die Messe der getäuschten Hoffnungen.

Die Handelspresse wiegt sich in der Hoffnung, daß die in Leipzig „angebahnten" Geschäfte doch noch auf der Frankfurter Messe, die nach der Leipziger stattfindet, perfekt werden können. Eine einzige Branche, die Bürobedarfsbranche, berichtet über normalen Verlauf. Daraus schließen die bürgerlichen Wirtschaftler in der führenden Wirtschaftspresse, daß dies ein Anzeichen der Vorbereitungen für die nahende Konjunktur sei. Ueberblicken wir aber die Verkaufsberichte dieser Branche, so müssen wir feststellen, daß auch diesen Hoffnungen jegliche Begründung mangelt. Die Bürobedarfsbranche steht gegenwärtig unter dem starken Einfluß der Rationalisierungs- und Typisierungsbestrebungen, Vereinfachungen, Verbesserungen, Fortschritte sind hier (teilweise infolge des schnelleren Verschleißes und der billigeren Herstellung) viel eher möglich, als bei den Produktionsmitteln. Die billigen Arbeitskräfte während der Inflationsperiode erübrigten eine Erneuerung und Verbesserung der technischen Bürohilfsmittel und der Registraturen. Auf diesem Gebiete liegen dann auch hauptsächlich die Geschäftsabschlüsse in Leipzig. Die Rechenmaschinenindustrie, die besonders viel fortschrittliche und arbeitskraftersparende Neuheiten angestellt hatte, trug den Löwenanteil am Geschäft davon.

Tatsache ist aber, daß auf Gebiete der Produktionsmittel, die neuzeitlichen Registratursysteme, guten Absatz hatten, trotzdem deren Erneuerung während der Inflation stark vernachlässigt wurde, wurden ebenfalls noch ziemlich flott verkauft, soweit sie technische Verbesserungen aufwiesen. Diese Neubeschaffungen sind auch stark beeinflußt von der allgemeinen in Flusse befindlichen Konsolidierung des Kapitals und dem Bestreben nach Ersparung von Arbeitskräften. Die Bestrebung nach Sparsamkeit kommt auch zum Ausdruck in dem guten Absatz von Typendruckern und Setzkästen und Ablegepapieren. In allen diesen Dingen ist die deutsche Industrie führend. Sie fanden aber zur Absatz im Inlande, teilweise auch nach der Tschechoslowakei. — Schreibtischen, Briefordnern, Bürokalender, Siegellacke, Bleistifte, wie alle sonstigen Sachen für den täglichen Bürobedarf, gingen schlecht. Dies bestätigt lediglich eingangs ausgesprochene Beurteilung.

Die Leipziger Herbstmesse war also keine „beginnende Konjunktur". Wollte man sie nach ihrem Verlauf beurteilen, so könnte man sie eher als ein Symptom der Krisenverschärfung werten. Aber auch das war sie nicht. Sie war lediglich ein Ausdruck der Zerrüttung des deutschen Wirtschaftsapparates und der Weltwirtschaftskrise. Die amtlichen „200 Millionen" und etliche weitere Dutzend Millionen Kredite von Privaten an Private werden ihre geringfügigen kursen Wellen erst werfen, wenn sie da sind. Dafür bedarf es aber noch einer ganzen Reihe von Vorbereitungen. Die wichtigsten sind: Abbau der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Hinauswurf hunderttausender Proletarier. Die Vorbereitungen zum Kampf gegen seinen Untergang, für die Ergreifung der politischen Macht und Ueberführung der Produktion in seine Gewalt, das sind die Lehren, die das Proletariat aus der Leipziger Messe zu ziehen hat.

Mitteilungen

Achtung! Referenten und Diskussionsredner!

Am Montag in der Sitzung der Bezirksführer ein wichtiger Vortrag. Pünktliches Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.

Arbeiterausschuß.

Achtung! Presskommission! Die nächste Sitzung Mittwoch am bekannten Ort. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Oeffentlicher Abend!

Genosseinnen und Genossen!

Am 1. Oktober ist die Galgenfrist, die die KPD. ihren Mitgliedern zum Eintritt in die Orgesch-Gewerkschaften gesetzt hat, abgelaufen. Auch wir, als sieklistarke und unerschrockene Teil der Revolution müssen zu dieser KPD.-Epoche Stellung nehmen. Es findet am Mittwoch, den 17. September, abends 7 Uhr, ein von der Kommunistischen Arbeiter-Jugend einberufener öffentlicher Abend mit dem Thema:

„Parteihetzel oder revolutionäre Disziplin?

in Lichtenberg im Lokal Fr. Utke, Gärtnerstraße Ecke Weitlichstraße statt.

Hierzu sind alle interessierten Jugendliche sowie erwachsene Arbeiter eingeladen.

Kommunistischen Arbeiter-Jugend
Gruppe Osten

Osten. Mittwoch, den 17. September: Vortrag: KJI. und wir.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Curt Heilig, Düsseldorf.
Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

5. Jahrg. Nr. 74

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

September 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 400 20
(Zentralkasse für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 68.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post. Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jedes Monats.

Vorwärts zur Klassenerkenntnis

Die Thesen der Arbeiterlinken der Komintern

ALLGEMEINES

Die Durchführung des Sachverständigengutachtens wird die bereits stabilisierte Krise nur noch verschärfen und die Not des Proletariats, die fast den gleichen Ausmaß wie während der Inflationsperiode angenommen hat, wird es zweifellos zum Entscheidungskampf treiben. Es wird immer deutlicher, daß das Weiterbestehen des Kapitalismus doch nur den Hungertod von Millionen Proletariern und keinen Aufschwung der Weltwirtschaft bedeutet. Darum ist das Verschwinden des Kapitalistischen Systems die dringendste Aufgabe des Proletariats. Solche zielbewußten Kämpfe kann nur eine Partei führen, die mit allen Kräften eine kompromißlose revolutionäre Taktik betreibt und unbeirrbar das Proletariat zur sozialistischen Revolution verkündet.

Die abweichenden Verlegungen der Italien Genossen der KPD. einerseits und den Belasser der schwarzen Opposition andererseits und Radek in den Reihen der Komintern, dessen Sprachrohr Rakotski und Kompagnie in der polnischen Sektion der Kommunistischen Internationale vertreten sind, und Radek in Holland und Belgien, in Schweden, den Staaten usw. entsprechen, bedeutet eine Erschütterung des Kapitals und der Bourgeoisie. Die Tatsache ist aber, daß auf Gebiete der Produktionsmittel, die neuzeitlichen Registratursysteme, guten Absatz hatten, trug den Löwenanteil am Geschäft davon. Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie müssen wir zur revolutionären Kraft verfügt, ist er für folgende Unternehmungen im Interesse der „Sozialisierung" tätig:

Ob der Bauer, der aber keiner ist, noch zu übertreffen ist? Zu diesem Bauer gesellt sich noch in der Dünger-Kreditbank A.-G. der Müller — August, bekannt als Hauptmitarbeiter des „Führer-Abendblatter" und des „Berliner Börsen-Courier".

Die gesunde Logik der Gewerkschaftsführer, der Klassenverräter, äußert sich am besten bei dem Führer des Bergarbeiterverbandes und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, dem „Genossen" Husemann. Er ist Mitglied des Aufsichtsrats der Bergwerksgesellschaft Hibernia, eine der brutalsten Scharfmacher-Unternehmungen im Bergbau.

In der Frankfurter Gasgesellschaft sitzt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Hüttmann im Aufsichtsrat.

Rudolf Wissel, M. d. R., sitzt wie sein verstorbener „Großer" Kollege Karl Legien im Aufsichtsrat der Deutschen Werke A.-G.

Karl Leid, ehemaliger strammer Uepe, jetzt SPD.-Abgeordneter, sitzt im Aufsichtsrat der Großen Berliner Straßenbahn.

Fritz Enders (München), SPD.-Abgeordneter des bayerischen Landtags, sitzt in der Rhein-Main-Donau A.-G. und die Bayernwerke A.-G. als Aufsichtsratsmitglied.

Vielleicht hat Leinert der Neid nicht schlafen lassen über seine Genossen, die sich so schön überall eingenistet haben. Daß ihm dies nun im „Vorwärts" zum Vorwurf gemacht wird, ist unerhört.

Die KPD., die sich nicht genug darüber entrüstet und den Fall Leinert weidlich ausschlachtet, hat nun dabei, diesen Klein- und Großbürgern, diesen angesprochenen Bourgeois die Massen wieder zuzutreiben durch die Parole: „Hinein in die Gewerkschaften!" Damit dokumentiert sie, daß sie Fleisch vom Fleische der SPD. ist und, wie Sachsen und Thüringen in schon bewiesen haben, auch vor nichts zurückschreckt, was den Weg zur Bourgeoisie ebnet. Augenblicklich ist sie noch in rückläufender Opposition, doch die Entwicklung des Parlamentarismus führt zu der Entwicklung, die wir hier in der Reformpartei, der Sozialdemokratie vor uns sehen. Läuft das Proletariat in seiner Gedankenfaulheit weiter diesen parlamentarischen Sirenenschlichen und Glückrittern nach, dann wird es noch manche ähnliche Liste zu sehen bekommen, die vielleicht nur immer radikalere Namen tragen werden, als die augenblicklichen. Mit der Verlängerung dieser Listen wird aber sein Elend wachsen, und es immer wieder vor die Frage gestellt werden, dieses System mit seinen „sozialistischen" Aufsichtsräten zu stürzen, um sich selbst zum Herrn seines eigenen Geschicks zu machen, oder unterzugehen.

Die Selbständigen bleiben selbständig

Bekanntlich sind die bekannten Führer der selbständigen Verbände Weyer, Kaiser und Schumacher aus der KPD. ausgeschlossen worden. Sie hatten nun zum Mittwoch, den 10. d. M., eine Mitgliederversammlung einberufen, wo die Gründe ihres Ausschlusses nochmals kritisch beleuchtet werden sollten. Dieser Versammlung wollte nun die KP. von Berlin das Wasser abgraben, indem sie zum Dienstag abend alle KP.-Mitglieder der zugeschlossenen Verbände zu einer Versammlung aufforderte, um sie dort vor den „Antibolschewisten" zu warnen. Es muß der Euth Fischer aber nicht gelungen sein; denn die Versammlung der Ausgeschlossenen mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter war gut besucht. Es ist interessant, daß die „Rote Fahne" von beiden Versammlungen weder von der vom Dienstag, noch vom Mittwoch, einen Bericht bringt.

In der Mittwoch-Versammlung referierte Schumacher. Er erklärte, daß die kommunistischen Sonderorganisationen nur die Beschlüsse der III. Internationale durchgeführt hätten, und konnte es auch beweisen. Doch jetzt bleiben dieselben entgegengesetzt der Moskauer Anordnung bestehen und sie werden immer neue Mitglieder aufnehmen.

Auch die Union der Hand- und Kopfarbeiter denken an keine Auflösung. Ein Mitglied der Zentrale der KPD. sprach nicht. Sollte vielleicht dagewesen sein oder hatte man keine Courage?

Zwei Entschließungen wurden fast einstimmig angenommen, die besagen, daß Schumacher und Genosser zu Unrecht aus der KPD. ausgeschlossen wurden und daß die Aufrechterhaltung der Sonderorganisationen notwendig ist.

Wirtschaft

Ein vollständiges Fiasko der Leipziger Herbstmesse

Die Leipziger Messe ist stets ein Barometer der Wirtschaftslage, aber auch ein Symptom für Konjunkturen und Krisen gewesen. Die Herbstmesse stand besonders unter dem Zeichen der Londoner „Vertrage", was, unter dem Zeichen der Reichstagsverhandlungen über die von der Londoner Konferenz verlangten Gesetze. Die ganze deutsche Presse posaunte schon wochenlang vor Beginn der Messe den Anfang der deutschen Konjunktur auf dieser in die Welt. Die Regierung, resp. die in Frage kommenden amtlichen Stellen machten Reklame für sie nach Art der Ludendorff'schen Schlachtenberichte. Um die deutschen (auch ausländische) Käufer aufzumuntern, mußten sie scharenweise Extrazüge mit Käufern aus dem In- und Auslande in die Presse. Die Messe selbst aber richtet sich nicht nach den frommen Wünschen der November-Demokraten, sondern nach ehernen ökonomischen Gesetzen. Wie die Ludendorffschen Siege endete sie mit einem vollständigen Fiasko. Die in wirtschaftlichen Fragen scharfblickende Stinnes'sche „Industrie- und Handels-Zeitung" kritisierte die amtlichen Berichte schon am 5. September so:

„Diese täglichen „amtlichen" Mitteilungen verstehen es meisterhaft, die Haupt- und Kernfrage jeder Messe, die im Umfange der Geschäftsbetätigung liegt, zu umgehen und den Nachdruck so stark auf bei weitem belanglosere Tatsachen zu legen, daß die Oeffentlichkeit fast glauben müßte, die Messe sei eine Angelegenheit hauptsächlich der Sonderzüge und des Besuches in- und ausländischer Regierungsvertreter. Die tägliche Registrierung der eingelaufenen Sonderzüge (— deren Statistik seit Wochen festgelegt ist —), ist lediglich ein Beweis für die Durchführung des Eisenbahnfahrplanes, nicht aber, wie die offiziellen Berichte es vortäuschen möchten, für den starken Zustrom neuer Einkäufer. Denn es wird selbstverständlich kein Wort darüber verloren, auf wieviel leeren Plätzen die Sonderzüge eintrafen."

„Aus den gesamten über die Messe vorliegenden Berichten können wir und zusammenfassend äußern. Das Geschäft stand im Zeichen vollkommener Stagnation und war äußerst schleppend. Die Preise ließen 10 bis 15 v. H. nach, standen aber trotzdem noch 10 bis 50 v. H. über den Weltmarktpreisen. Nach dem Auslande wurden nur spezifisch deutsche Spezialfabrikate in geringem Maße verkauft. Das Inlandsgeschäft lief in dem auf die Krise eingeschnittenen normalen Verbrauch. Obwohl der Engroshandel sich seit der Stabilisierung der deutschen Währung angewöhnt hat, seine Bedürfnisse auf der Messe einzudecken und die Aussteller ohne rosige Hoffnungen nach Leipzig gingen, verließen sie vielfach schon am Sonntag die Verkaufsstände. Schon die äußere Beschickung und die vielen leeren Verkaufsstände bewiesen, daß der Umsatz sehr weit unter dem der Frühjahrsmesse stand. Aus der Praxis heraus hat der Engroshandel die Lehre gezogen, daß auch die blauesten Illusionen und die größten Kreditversprechungen noch keine Kaufkraft zaubern. Obwohl das Zeklingsseil im Durchschnitt einen Monat und mehr betrug und die Aussteller bei jedem Verkauf zu verstehen gaben, daß sie das Geld doch stets ein und zwei Monate nach Ablauf des Zieles bekämen, hielten die Einkäufer sehr stark zurück. Die soeben beendete Leipziger Messe war die Messe der getäuschten Hoffnungen.

Die Handelspresse wiegt sich in der Hoffnung, daß die in Leipzig „angebahnten" Geschäfte doch noch auf der Frankfurter Messe, die nach der Leipziger stattfindet, perfekt werden können. Eine einzige Branche, die Bürobedarfsbranche, berichtet über normalen Verlauf. Daraus schließen die bürgerlichen Wirtschaftler in der führenden Wirtschaftspresse, daß dies ein Anzeichen der Vorbereitungen für die nahende Konjunktur sei. Ueberblicken wir aber die Verkaufsberichte dieser Branche, so müssen wir feststellen, daß auch diesen Hoffnungen jegliche Begründung mangelt. Die Bürobedarfsbranche steht gegenwärtig unter dem starken Einfluß der Rationalisierungs- und Typisierungsbestrebungen, Vereinfachungen, Verbesserungen, Fortschritte sind hier (teilweise infolge des schnelleren Verschleißes und der billigeren Herstellung) viel eher möglich, als bei den Produktionsmitteln. Die billigen Arbeitskräfte während der Inflationsperiode erübrigten eine Erneuerung und Verbesserung der technischen Bürohilfsmittel und der Registraturen. Auf diesem Gebiete liegen dann auch hauptsächlich die Geschäftsabschlüsse in Leipzig. Die Rechenmaschinenindustrie, die besonders viel fortschrittliche und arbeitskraftersparende Neuheiten angestellt hatte, trug den Löwenanteil am Geschäft davon.

Tatsache ist aber, daß auf Gebiete der Produktionsmittel, die neuzeitlichen Registratursysteme, guten Absatz hatten, trotzdem deren Erneuerung während der Inflation stark vernachlässigt wurde, wurden ebenfalls noch ziemlich flott verkauft, soweit sie technische Verbesserungen aufwiesen. Diese Neubeschaffungen sind auch stark beeinflußt von der allgemeinen in Flusse befindlichen Konsolidierung des Kapitals und dem Bestreben nach Ersparung von Arbeitskräften. Die Bestrebung nach Sparsamkeit kommt auch zum Ausdruck in dem guten Absatz von Typendruckern und Setzkästen und Ablegepapieren. In allen diesen Dingen ist die deutsche Industrie führend. Sie fanden aber zur Absatz im Inlande, teilweise auch nach der Tschechoslowakei. — Schreibtischen, Briefordnern, Bürokalender, Siegellacke, Bleistifte, wie alle sonstigen Sachen für den täglichen Bürobedarf, gingen schlecht. Dies bestätigt lediglich eingangs ausgesprochene Beurteilung.

Die Leipziger Herbstmesse war also keine „beginnende Konjunktur". Wollte man sie nach ihrem Verlauf beurteilen, so könnte man sie eher als ein Symptom der Krisenverschärfung werten. Aber auch das war sie nicht. Sie war lediglich ein Ausdruck der Zerrüttung des deutschen Wirtschaftsapparates und der Weltwirtschaftskrise. Die amtlichen „200 Millionen" und etliche weitere Dutzend Millionen Kredite von Privaten an Private werden ihre geringfügigen kursen Wellen erst werfen, wenn sie da sind. Dafür bedarf es aber noch einer ganzen Reihe von Vorbereitungen. Die wichtigsten sind: Abbau der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Hinauswurf hunderttausender Proletarier. Die Vorbereitungen zum Kampf gegen seinen Untergang, für die Ergreifung der politischen Macht und Ueberführung der Produktion in seine Gewalt, das sind die Lehren, die das Proletariat aus der Leipziger Messe zu ziehen hat.

Mitteilungen

Achtung! Referenten und Diskussionsredner!

Am Montag in der Sitzung der Bezirksführer ein wichtiger Vortrag. Pünktliches Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.

Arbeiterausschuß.

Achtung! Presskommission! Die nächste Sitzung Mittwoch am bekannten Ort. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Oeffentlicher Abend!

Genosseinnen und Genossen!

Am 1. Oktober ist die Galgenfrist, die die KPD. ihren Mitgliedern zum Eintritt in die Orgesch-Gewerkschaften gesetzt hat, abgelaufen. Auch wir, als sieklistarke und unerschrockene Teil der Revolution müssen zu dieser KPD.-Epoche Stellung nehmen. Es findet am Mittwoch, den 17. September, abends 7 Uhr, ein von der Kommunistischen Arbeiter-Jugend einberufener öffentlicher Abend mit dem Thema:

„Parteihetzel oder revolutionäre Disziplin?

in Lichtenberg im Lokal Fr. Utke, Gärtnerstraße Ecke Weitlichstraße statt.

Hierzu sind alle interessierten Jugendliche sowie erwachsene Arbeiter eingeladen.

Kommunistischen Arbeiter-Jugend
Gruppe Osten

Osten. Mittwoch, den 17. September: Vortrag: KJI. und wir.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Curt Heilig, Düsseldorf.
Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

5. Jahrg. Nr. 74

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

September 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 400 20
(Zentralkasse für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, War